

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis monatlich 1,10 M., vierteljährlich 3,30 M., halbjährlich 6,60 M., jährlich 13,20 M. Einmalige Nummer 6 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postgebühren in die Postanstalten Deutschlands und Österreichs 2 Pf., in die übrigen Länder 3 Pf. pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Interfons-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern 60 Pf., für die fünfstelligen Nummern 30 Pf., für die vierstelligen Nummern 15 Pf. Die Interfons-Gebühr für die sechsstelligen Nummern beträgt 60 Pf., für die fünfstelligen Nummern 30 Pf., für die vierstelligen Nummern 15 Pf. Die Interfons-Gebühr für die sechsstelligen Nummern beträgt 60 Pf., für die fünfstelligen Nummern 30 Pf., für die vierstelligen Nummern 15 Pf.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 30. Juli 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die spanische Revolution.

In raschem Fortschreiten hat die Revolution, die als Erhebung gegen einen trivialen Kolonialkrieg begann, das ganze Land ergriffen. In den Industrieregionen hat der Generalstreik seine furchtbare Wucht entfaltet: Die Arbeit ruht, aller Verkehr stockt, die Städte sind von der Zufuhr abgeschnitten; rasch steigen die Lebensmittelpreise und vermehren die erbitternde Not. Der Eisenbahnverkehr ist eingestellt, weil die Streikenden die Schienen aufgerissen haben und mit Gewalt den Verkehr der Hügel hemmen, jener Hügel, die mit Militär angefüllt sind, das den Aufstand niederwerfen soll. Aber die Arbeiter sind es nicht allein, die sich erhoben haben. Ihnen schließen sich auch die gedrückten, vom Jökis und vom Bucher ausgezogenen Bauern an, die sich weigern, in den Krieg zu ziehen und die Aushebung der Truppen bereits mit Gewalt zu verhindern angefangen haben. Die verbürgerliche Regierung, die einen trivialen Krieg in fremdem Lande angezettelt hat, sieht sich so plötzlich in einen furchtbaren Bürgerkrieg verwickelt, der sie und den Thron einer unsfähigen, den Geboten janatistischer Pfaffen blind gehorchenden Dynastie plötzlich zu verschlingen droht.

Die Ursachen der spanischen Revolution lassen sich leicht begreifen, nachdem einmal die Erhebung selbst gezeigt hat, daß die Widerstandskraft dieses unglücklichen Volkes denn doch größer ist als man hoffen zu dürfen gemeint hat. Der letzte Krieg mit Amerika hat dem Lande schwere Wunden geschlagen. Das Blutregiment, das der tüchtig graue General Weyler auf Kuba entfaltet hatte, bot den Vereinigten Staaten den willkommenen Anlaß, der spanischen Herrschaft ein Ende zu machen. Der Verlust der Philippinen und Kubas, sowie die ungeheuren Kriegskosten bedeuteten für das Land eine schwere wirtschaftliche Katastrophe, die jahrelang auf Spanien lastete, um so schwerer, als die korrupte Wirtschaft der politischen Klänge nichts zur wirtschaftlichen Hebung des Landes zu tun wußte und die unglückliche Bevölkerung nach wie vor völlig der Gewalt der Pfaffen überliefert blieb.

Erst in letzter Zeit hat eine allmähliche wirtschaftliche Besserung eingesetzt. Namentlich die Textilindustrie begann sich zu erholen und der Bergbau, der allerdings hauptsächlich vom ausländischen Kapital betrieben wird, gewann rasch an Ausdehnung. Gerade die Profitgier aber des Minentapitals bot auch die Veranlassung zu dem Kolonialkrieg. Die Spanier bestanden von altersher an der Nordküste Marokkos einige besetzte Plätze, die sogenannten „Presidios“, zu denen auch Melilla gehört. Im Hinterlande von Melilla trieb in den letzten Jahren der Kronpräsident Bu Hamera sein Wesen; er stand mit den Spaniern gut und trat ihnen einige Bergwerkskonzessionen ab, die von der spanischen Regierung zwei Gesellschaften, der „Compania Espanola de Min“ und der „Nord-African“, die hauptsächlich mit französischem Kapital arbeitete, verliehen wurden. Diese bauten zwei Eisenbahnen zu den Grubendistrikten, die sechs bis acht Kilometer in das marokkanische Gebiet hineinreichten. Bu Hamera war jedoch eigentlich nie mehr als ein größerer Räuberhauptmann. Vor einiger Zeit wandten sich die nördlichen Stämme gegen ihn und Bu Hamera mußte die Gegend verlassen. Die Nublenhäuptlinge erklärten ganz richtig, er hätte nie das Recht gehabt, Konzessionen zu verkaufen. Die spanische Regierung aber bestand auf ihrem Schein und ließ trotz aller Warnungen den Bahnbau fortsetzen. Da kam es am 9. Juli zu einem Ueberfall, bei dem die Mauren sechs Bahnarbeiter töteten. Das war für die spanische Regierung, der wohl dieser Zwischenfall nicht ganz unerwartet gekommen war, die gewünschte Gelegenheit zu einer „Strafexpedition“. Infanterie und Artillerie wurden gegen die Nublen gefandt. Die spanischen Soldaten sollten dem französischen Kapital die betrügerisch erworbenen Konzessionen sichern. Und da es sich eben zum großen Teil um französisches Kapital handelte, ist es nicht unmöglich, daß auch die französische Regierung einen gewissen Druck auf die spanische ausübte, um zu energischem Vorgehen anzueifern. Bald stellte es sich jedoch heraus, daß dieses koloniale Abenteuer nicht so rasch beendet werden wird, wie es begonnen wurde. Die Nublen sind militärisch außerordentlich erfahren. Sie haben den heiligen Krieg verkündet und den spanischen Angreifer rasch in eine verzweifelte Verteidigungsstellung gedrängt. Trotz aller amtlichen Schönfärbereien läßt sich sagen, daß die Stellung der Spanier in Melilla von Tag zu Tag unhaltbarer wird und daß die wilden Angreifer den Spaniern außerordentlich schwere Verluste beigebracht haben.

Nun sollte geschehen, was immer in solchen Fällen zu geschehen pflegt. Nicht mehr das Profitinteresse des Kapitals sollte bedroht sein, sondern die Ehre der Nation auf dem Spiele stehen. Die Regierung erklärte, militärische Vorbereitungen in größtem Stil treffen zu müssen und fürs erste mindestens 14 000 Mann nach Marokko werfen zu wollen. Es war klar, daß die Regierung sich anschickte, einen Krieg zu beginnen, bei dem nichts zu gewinnen war, aber der Opferkosten mußte, die hinter dem letzten Krieges nicht zurückblieben. Noch aber sind in spanischen Volke die schrecklichen

Kriegserfahrungen nicht vergessen, noch erinnern sie sich des entsetzlichen Elends der in die Heimat zurückgekehrten Soldaten und der lang dauernden Not, die der Krieg mit sich gebracht hatte. Und jetzt sollte das Volk wieder einen Krieg führen für volkstümliche Interessen, einen Krieg, der nur die Armen trifft und nicht die Wohlhabenden; denn nur die ärmeren Volksklassen müssen Heeresdienst leisten, während sich die Wohlhabenden schon um 1100 M., oder wenn sie verheiratet sind, sogar schon um die Hälfte vom Militärdienst loskaufen können. Mühten sich die Armen nicht die Frage vorlegen, warum sie sich auf die Schlachtbank führen lassen sollten und mühten sie sich nicht sagen: Wenn wir schon das Leben einsehen müssen, dann wollen wir es einsehen für unsere eigene Befreiung, nicht aber es nutzlos hinopfern für die Interessen einer Handvoll spanischer und französischer Kapitalisten und für das Prestige einer unsfähigen, korrupten und volksfeindlichen Regierung. So geht das spanische Volk lieber in die Revolution als in den Krieg.

Mit fürchterlicher Grausamkeit sucht die spanische Regierung der Erhebung Herr zu werden. Der Minister des Innern, der sich rasch den Beinamen eines „Generals Trepow“ erworben hat, hat Vertretern Pariser Blätter Erklärungen abgegeben, die eine Bestialität der Gesinnung offenbaren, die sich nur allzu rasch in Taten umgesetzt hat. Der Minister meinte:

„Die Umtriebe sind im gegenwärtigen Augenblicke ein nicht-würdiger Anschlag gegen das Vaterland. Deshalb werde ich den Aufstand mit unbarmherziger Strenge niederschlagen; die bewaffnete Macht hat Befehl, auf jedes Individuum sofort zu schießen, das sich an der Zerstörung der öffentlichen Verkehrsmittel beteiligt. Ich beabsichtige den Aufständischen einen Denzettel zu geben, an den sie lange denken werden.“

Und diesen Worten entsprechen die Taten. In den Straßen Barcelonas feuert Artillerie auf die Barrikaden, und Infanterie schießt in Salven auf die Aufständischen. Wie in Barcelona, so wird in vielen anderen Städten Nordspaniens mit äußerster Grausamkeit gegen die erregten Volksmassen vorgegangen. Bis jetzt freilich vergebens. Unerträglich scheinen die Arbeiter im Generalstreik auszuharren, der mit jeder Stunde die Desorganisation des Staates steigert, die Verwendung der staatlichen Nachmittels stärker lahmlegen muß. Mit den Arbeitern haben sich die Bauern erhoben, die den Militärdienst verabscheuen, von dem sich die Reichen loskaufen können, und die erbittert sind über die schonungslose Behandlung der verheirateten Reservisten, die brutal von Herd und Arbeit weggerissen werden. Sie sagen: Wir wollen nicht, daß unsere Jungens wie Hunde totgeschlagen werden, um den Bankiers Vergnügen zu machen. Deshalb desertieren die Bauernsöhne in Massen. Bereits ist die Stellung der Regierung trotz ihrer brutalen Energie erschüttert und man denkt an das letzte verzweifelte Auskunftsmittel, an eine Militärdiktatur. Als Diktator wird General Weyler genannt, der Gallien Spaniens, dessen berüchtigte Grausamkeit das schlimmste befürchten läßt, allerdings aber auch die Empörung und den Widerstand eines verzweifelt Volkes auf's schärfste aufstacheln mußte.

Im jetzigen Augenblicke lassen sich die Folgen und Ausichten der revolutionären Erhebung noch nicht voraussagen. Ziemlich sicher erscheint nur, daß die Revolution nicht Halt machen wird bei der Verhinderung des verruchten Krieges, sondern darüber hinaus sich auf die Befreiung des spanischen Volkes von dem Joch der klerikalen Unterdrücker erstrecken wird. Schon schlägt die revolutionäre Stimmung nach der Hauptstadt hinüber, in der der König ausgepfiffen wurde. Die verhängnisvolle Saat, die die Regierung in verbrecherischem Leichtsinne ausgesät hat, ist aufgegangen.

Das blutige Drama enthält eine ernste Lehre. Jaurès zieht sie heute in der „Humanité“:

„Die spanische Regierung hat auch vom Marokko-Abenteuer Kosten wollen. Man sieht, was das bedeutet: den Bürgerkrieg in Katalonien und die Drohung einer Umwälzung. Was sagen nun diejenigen dazu, die geträumt haben, Frankreich in diesen Abgrund zu schleudern und die gemütdrübigen verkündeten, eine geringe Anstrengung würde genügen, um Marokko zu bemessen? Im täglich helleren Licht der Ereignisse darf die sozialistische Partei laut ausrufen, daß sie durch ihren Kampf gegen die Marokko-Erfahrung Europa einen Dienst ersten Ranges erwiesen hat.“

Aber hat man nicht auch in Deutschland den wahnwitzigen Gedanken gehabt, um Marokkos willen einen Krieg zu entfesseln? Fürwahr, die sozialistische Politik ist heute die einzige, die den Völkern eine ruhige und ungeführte Entwicklung zu sichern instande ist. Die kapitalistische Politik bedeutet den Krieg.

Im nachstehenden geben wir die wichtigsten Nachrichten wieder:

Eine provisorische Regierung?

Baronne, 29. Juli. (Wendung der Agence Havas.) Aus Madrid läuft folgende Meldung ein: Die Lage in Spanien erscheint unentwärtbar. Die Regierung hat die Zustände in Barcelona als sehr ernst anerkannt, Gerüchte außerordentlich schwerwiegenden Inhalts rufen, da zuverlässige Nachrichten nicht vorhanden sind, große Bestürzung hervor. Heute wurde hier davon gesprochen, daß in Barcelona eine provisorische Regierung proklamiert worden

sei. Der Ursprung der Bewegung liegt in einem Gegensatz der öffentlichen Meinung zu der gegenwärtigen Regierung. Die Revolutionäre haben sich dann die schwierige Aufgabe gestellt gemacht und plötzlich eine allgemeine Revolte unter der Arbeiterbevölkerung Barcelonas hervorgerufen. Die Bewegung in Barcelona scheint demnach weder antipatriotischen noch separatistischen Charakters zu sein.

Artilleriekampf.

Cerbère, 29. Juli. Ein aus Barcelona eingetroffener Brief besagt, daß dort fünf Klöster und mehrere Häuser in Brand gesteckt wurden. Die Artillerie fährt fort, auf die Barrikaden der Aufständischen zu schießen. Die Zahl der Gefallenen ist bedeutend; 30 zählt man allein an der Barrikade auf der Calle del Pino. Der Frischschuß von Portbou nach Barcelona mußte bei Sonja anhalten, da die neuen Brücken mit Dynamit in die Luft gesprengt waren.

Revolutionäre Kundgebungen in der Hauptstadt.

Cerbère, 29. Juli. Aus Madrid wird gemeldet: Eine Bellemenge, der sich Soldaten angeschlossen hatten, veranstaltete lärmende Kundgebungen vor dem königlichen Schloß. Man rief: Nieder mit dem Krieg. Die Gendarmen bringen immer beunruhigendere Nachrichten.

In Saragossa.

Saragossa, 29. Juli. Infolge des Zustandes der Spinnerarbeiten kam es hier zu Unruhen. Die Polizei mußte einschreiten und zerstreute die Gruppen im Zentrum der Stadt. Kavalleriepatrouillen überwachen jetzt ganz Saragossa. Die Ruhe ist wiederhergestellt.

Ohne Schonung.

Madrid, 29. Juli. Der Minister des Innern hat der Presse über die Ereignisse in Katalonien folgende Mitteilung zugehen lassen: In Neus ist der allgemeine Ausstand erklärt worden und es haben dort Unruhen stattgefunden. Auch in Alcob herrscht allgemeiner Ausstand. Die Telegraphendrähte wurden zerschnitten, die Gendarmerie mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen, wobei es Tote und Verwundete gab; die Ordnung wurde bald wiederhergestellt. In Calaforra versuchte die Volksmenge den Verkehr auf der Eisenbahn zu verhindern; durch Zerstörung der Weichen und durch andere Beschädigungen wurde ein Zug mit Truppen zum Stehen gebracht; die Truppen feuerten sofort, mehrere Personen wurden getötet und verwundet, der Verkehr konnte alsbald wieder aufgenommen werden. In anderen Ortschaften spielten sich ähnliche Vorkommnisse ab, so wurde in Vendrell ein Zug angehalten, der Truppen von Valencia nach Barcelona brachte. Die Regierung hat Beweise, daß Agitatoren um jeden Preis eine aufständische Bewegung ausgesprochen revolutionären Charakters in ganz Spanien hervorrufen wollen, um den Transport von Truppen zu verhindern und der Aktionsfreiheit der Regierung, besonders bezüglich des Feldzuges bei Melilla Hindernisse zu bereiten. Die Nachrichten, die heute mittag aus Barcelona eingetroffen sind, nachdem die telegraphische Verbindung, die in der letzten Nacht unterbrochen wurde, wiederhergestellt war, melden, daß die Brandstiftungen und die Angriffe auf die öffentliche Gewalt fortgesetzt werden und daß die öffentliche Macht die Ordnung mit Waffengewalt wiederherstellt. Unter den kirchlichen Niederlassungen, die von den Aufständischen angegriffen wurden, befindet sich auch das Kloster der kleinen Schwestern der Armen. Im Hinblick auf das Andauern der Bewegung hat der Minister des Innern allen Gouverneuren gemessenen Befehl erteilt, ohne Schonung für Aufrührerhaltung der Ordnung zu sorgen, die heute mehr als je ohne irgendwelches Zaudern gewahrt werden müsse.

Kriegsschiffe gegen das Volk.

Madrid, 29. Juli. Zwei Kreuzer und drei Torpedobootszerstörer aus Ferrol erhielten Befehl, nach Barcelona abzugehen. Marineinfanterie soll gleichzeitig dorthin abgefannt sein.

Verzweifelte Lage der spanischen Armee.

Baronne, 29. Juli. Nachrichten aus Melilla zeigen Marina in einer außerordentlich kritischen Lage. Der General soll 75 000 Mann Verstärkungen erbeten haben. Die Soldaten sind demoralisiert und vollständig von Kräften. Die Eingeborenen sind von ihren Erfolgen wie berauscht, greifen die Posten der Vorhut an und drohen bis an die Tore der Stadt vorzurücken. Die Einwohner der außerhalb der Mauern gelegenen Vorstädte fliehen nach Melilla. Der Feldzug zeigt, daß die Organisation des Verwaltungsdienstes sowohl wie die der Armee mangelhaft ist.

Fürchterliche Verluste.

Paris, 29. Juli. Aus Melilla wird unter dem 28. Juli gemeldet: Seit dem Kampf vom 27. Juli ist die Eisenbahn abgeschnitten und damit die Versorgung der spanischen Vorposten mit Munition und Lebensmitteln unmöglich geworden. Ihre Stellungen werden also wahrscheinlich aufgegeben werden müssen. Die Lage in Melilla ist ernst; man kämpft unter den Mauern der Stadt. Außer dem General Pintos sind ein Oberst, zwei Oberleutnants, ein Major, fünf Hauptleute, viele Subalternoffiziere und etwa 1000 Soldaten gefallen. Die Zahl der Verwundeten, unter denen sich viele Offiziere befinden, beträgt 1500—2000. Das Hippodrom ist mit Leichen angefüllt. Ein Gerücht will wissen, daß zwei Generale schwer verwundet seien.

Zur preussischen Verwaltungsreform.

Die Inmediatkommission zur Vorberathung der Verwaltungsreform hat einen Ausschuss zur Vereinfachung des Geschäftsbetriebes gebildet, der zunächst in Tätigkeit treten soll und schon im Monat Oktober Bericht zu erstatten hat. An dem Geschäftsbetrieb bei den Verwaltungsbehörden ist sehr viel schon reformiert worden. Aus der kollegialen Abteilung I. der sogenannten Abteilung des Innern, ist die bürokratische Präsidialabteilung geworden, wie denn überhaupt das Kollegialsystem dem sogenannten Präsidialsystem weichen soll. Auch in der Kirchen- und Schulabteilung will man anscheinend jetzt das bisher dort noch gültige Kollegialsystem beibehalten. Vom reaktionären Standpunkt aus ist es äußerst wünschenswert, daß das Kollegialsystem bei der Regierung fällt. Zuverlässig reaktionär ist oft nur der Regierungspräsident und sein Stellvertreter. Die Regierungsräte, besonders die Justitiare, neigen nicht selten zum Rationalisierungsplan. Es ist deshalb höchste Zeit, daß sie ihre Stimme verlieren. Es gibt bürgerliche Regierungsräte, die sich von Junkern so viel haben lassen müssen, daß sie in einem gewissen, natürlich ängstlich verheimlichten Gegensatz zum Adel stehen. Die preussische Junkerherrschaft könnte darunter leiden, daß diese bürgerlichen Regierungsräte sich und Stimme im Regierungskollegium behalten. Es ist deshalb besser, der oblige Regierungspräsident von erprobt reaktionärer Gesinnung entscheidet alles oder sein politisch ebenso zuverlässiger Stellvertreter. Es ist nicht leicht im 20. Jahrhundert, Menschen als verurteilten Vollgelehrten zu konstatieren. Immer wieder kommt der demokratische Wind, immer wieder müssen die Klagen und Bitter des mittelalterlichen Gebäudes unserer Verwaltung verstopft werden.

Die gänzliche Aufhebung des Kollegialsystems bei den Regierungen bedeutet zweifellos eine Verschlechterung in der Behandlung der Sachen. Aber der Minister wünscht dies aus politischen Gründen, um jeden liberalen Einfluss lahmzulegen. Das Kollegialsystem ist außerdem gefährlich wegen der „verminderten“ Heimlichkeit, und die Heimlichkeit möglichst aller Regierungsgänge ist Grundprinzip der ganzen preussischen Verwaltung. Nur wenn das Volk über die aristokratischen Tendenzen der Regierung im unklaren bleibt, kann sich der kulturwidrige Zug in der Regierung, die die Bevölkerung als eine Art Feind ansieht, erhalten.

Die Aufrechterhaltung der Fremdherrschaft der Junker ist nur denkbar, wenn die Öffentlichkeit von der Art und Weise, in der regiert wird, möglichst wenig erfährt. Es ist deshalb besser, daß der Regierungspräsident mit dem Dezerenten allein die Erledigung der Sachen vornimmt. Ein Vortrag im Kollegium ist unter Umständen gefährlich. Wenn eine Gemeinde mit List und Gewalt um ihre Selbstverwaltungsrechte gebracht werden soll, dann machen das besser zwei Beamte unter sich ab. Darin ist dem Minister v. Rolffe durchaus zustimmen.

Eine Beschleunigung der Regierungsgeschäfte erscheint erwünscht. Die Dezerententeilungen sind so unpraktisch wie möglich. Der ungeschickliche Erlaß über Verminderung des Schreibverkehrs hat dazu geführt, daß in zweifelhafter Weise derselbe Vorgang immer wieder gereicht wird, gleichgültig, ob er sich zur Mitteilung an Behörden eignet oder nicht. Es gibt überhaupt manche Kräfte bei der Regierung, die die Vereinfachung des Schreibverkehrs und eine gewisse belebende Formlosigkeit anscheinend für gleichbedeutend halten.

Voraussetzung für schnelle Erledigung ist Verhütung des fortwährenden Wechsels im Dezerentat und Arbeitsfreudigkeit der Dezerenten. Darüber ließe sich manches sagen. Es gibt Regierungsräte in Preußen, die nur einige Male in der Woche zu ihrer Behörde kommen, natürlich sehr hochgestellte Herren, deren Mitarbeit trotz geringer Quantität und Qualität doch immer wegen des hohen Werts eine hohe Ehre für die Behörde ist. Eine liberale Regierung würde diese Herren morgen entlassen. Unserer reaktionär-aristokratischen sind sie lieb, weil sie den Zusammenhang mit dem Landadel aufrechterhalten.

Unsere Landräte müßten gezwungen werden, Telephon zu halten. Ein preussischer Landrat, der auf diese technische Neuerung und ihre Vorteile aufmerksam gemacht wurde, sagte lässlich: „Ich kann mich doch als Landrat nicht ans Telephon rufen lassen!“ Dies größtenteils sinnlose Auffassung würde in jedem anderen Staate wie in Preußen zur Entlassung im Disziplinarwege führen.

Landräte und Regierungspräsidenten müßten Sprechstunden haben für die Bevölkerung. Jetzt ist mancher Landrat stolz darauf, daß er Proletariat nicht vorläßt und sich von gewissen Leuten grundsätzlich nicht sprechen läßt. Daß der höhere Verwaltungsbeamte für das Publikum da ist, weiß man in Preußen nicht mehr. Eine Audienz beim höheren Verwaltungsbeamten ist meist eine Gnade. Ebenso wie der Amtsrichter Sprechstunden hat, müßte sie jeder Verwaltungsbeamte abhalten.

Aus dem Prügellist Mielczyn.

Es ist bezeichnend für den Tiefstand der bürgerlichen Presse, daß sie von unseren Veröffentlichungen über die barbarische Behandlung von Fürsorgezöglingen in Mielczyn mit vereinzelter Ausnahme zunächst keine Notiz nahm, noch viel weniger sich kritisch äußerte. Verständlich ist uns dieses Verhalten; es waren ja „nur Fürsorgezöglinge“! Der Fürsorgezögling ist verwahrlost, er läßt, stiehlt und was sonst noch, so heißt es im bürgerlichen Jargon. Dieselben Vergehen, wegen deren das Kind armer Leute in Fürsorgeerziehung kommt, werden beim Kinde bester Kreise ganz anders gemertet und vielfach sogar entschuldigt.

Welche Entrüstung ging nicht vor Jahresfrist anlässlich des Falles des Schülers Mathes durch die bürgerlichen Kreise, als bekannt wurde, daß sich dieser Schüler infolge verletzten Ehrgeizes das Leben nahm. Welche Entrüstung wurde damals in der bürgerlichen Presse laut! Aber damals handelte es sich um einen „höheren“ Schüler, um einen jungen Mann aus ihren Kreisen. Ein Fürsorgezögling aber ist vogelfrei; er verdient von vornherein keinen Glauben. Wir geben gern zu, daß viele Äußerungen aus dem Munde der Zöglinge mit großer Vorsicht aufzunehmen sind. Auch wir glauben nicht ohne weiteres alles und jedes, was sie behaupten. Allein von vornherein diese Menschen, die ein Opfer der elenden wirtschaftlichen Verhältnisse sind, als Lügner und Schwindler zu betrachten, ist ein unerhörtes Unrecht! Kommen doch viele Kinder in Fürsorgeerziehung, die in ihrem Leben sich nie etwas haben zuschulden kommen lassen, lediglich der Eltern wegen!

Aber weil man diesen Menschen nicht glauben dürfe, darauf bauen viele Erzieher. Kaum jemand kümmert sich ja um ihre Lage.

Solche Ansicht hatte anscheinend auch der Leiter der Erziehungsanstalt Mielczyn, Herr Pastor Breithaupt. Er „erzog“ nach seiner Weise. Er schlug und schlug, auf Gesicht, Rücken, Hände, wo er hintraf, und sogar auf die Fußsohlen! Er ließ die Zöglinge fesseln, einsperren, alles um zu „erziehen“. Das von uns veröffentlichte Ergebnis der Untersuchung ist aber selbst bürgerlichen Blättern zu viel. Nunmehr sieht sich doch eine Anzahl von ihnen veranlaßt, von den

in Mielczyn vorgekommenen Mißhandlungen staunend Notiz zu nehmen und Abhilfe zu verlangen. „Volkszeitung“ und „Berliner Tageblatt“, das nun auch unsere Mitteilung bringt, schließen sich unserer Forderung auf Schließung der Anstalt und Erhebung der Anklage gegen Pastor und Inspektor an. Die „Freisinnige Zeitung“ hatte noch gestern den traurigen Mut, die von den „Pöbeler Neuesten Nachrichten“ inszenierten Reinwaschungsversuche des Pastors Breithaupt mitzumachen und zu versichern, daß „von Mißhandlungen ganz und gar keine Rede sein kann“. Wir möchten von der „Freisinnigen Zeitung“ gern einmal wissen, was sie denn eigentlich unter Mißhandlungen versteht. Pastor Breithaupt selbst lacht sich aus der für ihn so blamablen Affäre zu ziehen, indem er die ganzen Darstellungen über die Prügeleien als übertrieben hinstellt, wobei er obendrein, wie wir auf den ersten Blick feststellen können, Unzutreffendes behauptet. Er sagt, daß in Mielczyn nur Zöglinge im Alter von 16 bis 21 Jahren untergebracht seien. Uns ist bekannt, daß der Zögling N., der aus Mielczyn entwichen und dort in einer solch furchtbaren Weise geprügelt worden ist, daß er noch heute, nach acht Wochen, ganz entseeligt aussieht, noch keine 16 Jahre alt war. Auch die Ausrufe kann der Pastor Breithaupt nicht für sich in Anspruch nehmen, daß er die Instruktion der Anstalt Richtenberg, die nach dem Vertrage der Stadt Berlin mit Mielczyn sinngemäße Anwendung finden sollte, und die nur eine körperliche Züchtigung von zehn bis zwölf Hieben vorsieht, bis heute noch nicht erhalten habe! Die von ihm gelübte Züchtigung ist ohnehin eine unmenschliche, und es ist ganz und gar nicht zu verstehen, daß sie gerade von einem Pastor ausgeübt werden konnte!

Einige Blätter veröffentlichten eine ihnen „aus dem Rathaus“ zugegangene kurze Darstellung, die ganz ungerechtfertigt abschwächend wirkt. Wir meinen, wer sich an Vertuschungsversuchen beteiligt, muß sich gefallen lassen, als Mitschuldiger zur Verantwortung gezogen zu werden.

Inzwischen ist selbst der „Lokal-Anzeiger“, der anfänglich gleichfalls Verdunkelungsversuche machte, genötigt, selbst Material zu der Beurteilung der Erziehungsmethoden in Mielczyn beizutragen. Er veröffentlicht folgende ihm von einem Vater eines in Mielczyn untergebrachten 19jährigen Zögling zugegangene Zuschrift, in der es heißt:

„Mein Sohn, der, an einem unerkannten moralischen Defekt leidend, nach Polen gerieten war, kam eines Tages im Monat Mai dieses Jahres bei mir plötzlich an, und zwar mit dem Hinweis auf seine tatsächliche unerhörte vielen Verwundungen, die ich leider bestätigen muß. Seinen Angaben entsprechend, rührten sie von 54 Hintereinander erhaltenen Stockschlägen her. Ist es da ein Wunder, wenn ein 19jähriger Mensch, das Vertrauen zur Anstaltsleitung verlierend, sich zu seinen Eltern flüchtet? Ist es ein Wunder, wenn ein solcher sich lieber nach dem Gesängnis sehnt, ehe er in solche Behandlung und Mißhandlung zurückkehrt? Natürlich ist bei solcher Last der Fürsorgezeit mehr als verfehlt. Die Zöglinge verleben Strafen, nur um nicht nach Mielczyn zurückkehren zu müssen. Mein Sohn bestätigte mir schon damals, als noch nicht vorausgesehen war, daß etwas von den Prügeleien an die Öffentlichkeit dringen könnte, daß in der Anstalt auf Anordnung des Geistlichen 105 Prügel mittels Stodes, ferner 60, 50, 40 und 30 Hiebe vorgekommen seien. Und wer weiß, was noch offenbart werden würde, wenn die betreffenden Eltern nicht die Öffentlichkeit fürchteten. Der Mißhandlung wird dadurch die Krone aufgesetzt, daß man die Mißhandlungen durch weitere Schläge zwingt, die erhaltenen Schläge zu zählen! Als mein Sohn, auf solche Weise verwundet, bei mir eintraf, mußte er acht Tage liegen, denn die Hiebe hatten ihm die Haut aufspringen lassen, wie meine Familie bestätigt. Als gut beleumdet, selbständiger Geschäftsmann und Vater noch weiterer, wohlgezogener Kinder genierte ich mich vor der Nachbarschaft, einen Arzt dieser schweren Körperverletzungen beschaffen zu lassen. Auch der ursprüngliche Grund der Prügeleien war ein ganz ungerechtfertigter. Mein Sohn hatte sich beim Ausräumen müde arbeiten müssen und hatte gebeten, da er sich ein halbes Jahr vorher die Beine gedroschen hatte, einen Augenblick ausruhen zu dürfen. Dafür wurden ihm vom Erzieher, dem früheren Pastor Seidel (gemeint ist Breithaupt) fünfundsiebzig Schläge zugerufen. Die nächsten fünfundsiebzig Hiebe erhielt er auf dessen Veranlassung mit der Bemerkung: „Zum Abgewöhnen“, weil er gekriecht hatte, und die weiteren vier, weil er nicht genügend im Takt gekriecht hatte.“

Nach den bisherigen Ermittlungen decken sich die vorstehenden Angaben mit der Erziehungsmethode Breithaupts. Wir sind gespannt, ob sich denn nicht bald der Staatsanwalt rührt, der doch sonst so schnell bei der Hand sein kann, wenn er will.

Nieder mit dem Zarismus!

Ueber die Miesendemonstration in Kiel schreibt unser Kieler Bruderorgan: Dienstagabend 6 1/2 Uhr. In schwarzer ununterbrochener Kette strömte es zur Hamburger Chaussee hinaus zur „Badwiese“. Das Volk will zu Gericht sitzen über den Zarismus. Protest erheben dagegen, daß der Repräsentant des abscheulichen russischen Regierungssystems seinen Fuß auf deutschen Boden setzt. Um 7 Uhr zeigt es sich, daß der große Saal des Establishments viel zu klein für die Versammlung wird. Vorsichtigerweise ist die Genehmigung zu einer Versammlung unter freiem Himmel nachgesucht worden, die wider Erwarten von der Polizeibehörde erteilt worden ist. Die Versammlung wird auf dem Sportplatz des Establishments verlegt. Die Menschenmasse ergießt sich aus dem Saal ins Freie; immer neue Kolonnen rücken heran, so daß kurz vor 8 Uhr, bei Beginn der Versammlung, wohl gegen 10 000 Personen anwesend sind.

Kurz vor acht Uhr eröffnet der Genosse Söhnler die Mieserversammlung mit einigen kurzen fertigen Worten, auf den Zweck der Versammlung hinweisend. Als dem Referenten, dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Dr. Karl Liebknecht, das Wort erteilt wird und er das Podium betritt, begrüßt ihn die Versammlung mit stürmischen Kundgebungen. Und nun entrollte der Referent aus genauer Kenntnis der Verhältnisse ein Bild von den Zuständen in Rußland, so entseelend, so ungeheuerlich, daß sich immer wieder stürmische Entrüstungsschreie bei den Zuhörern auslösten. Und für dieses System ist verantwortlich der Zar als Repräsentant der Regierung. Er ist auch persönlich verantwortlich, für die Taten der edelmütigen Lumpenbande, die Pogroms organisieren, freiwillige Abgeordnete morden usw. Die preussische Regierung gewährt dem Auswurf des russischen Systems, den Lumpenbanden Agon, Hartung und Genossen Vorkurs, liegt aber die Westeuropa, die ihr ganzes Leben dem Streben für das Glück des russischen Volkes weihen, von Ort zu Ort und überhastet sie den russischen Schergen. Immer wichtiger werden die Anklagen des Meubers gegen das russische Regime in Rußland und in Deutschland. Längst haben sich die Schatten der Dämmerung über die Versammlung gelagert, und die silberne Scheibe des Mondes steht über dem dunkelblauen schloßartigen Walde. Aber

wie die Mauern stehen die Versammelten, mit atemloser Spannung lauschen sie den Worten des Meubers, nur ab und zu bricht ein einmütiger Schrei der Empörung der Tausenden durch, um dann sofort wieder einer Totenstille Platz zu machen. Als der Meuber mit einem flammenden Protest gegen den Besuch des russischen Baren auf deutschem Boden und dem Ruf: „Nieder mit dem Zarismus!“ geendet hat, bricht ein Beifallssturm los, wie er auf diesem Plage wohl noch nie gehört worden ist.

Dann bestiegt der Genosse Adler die Tribüne, um eine Resolution zu verlesen und ihre Annahme zu empfehlen. Sag für Sag der markigen Resolution, die knapp zusammengefaßt den Inhalt des Referates wiedergibt, wird von der Versammlung mit stürmischer Zustimmung begrüßt, und als die Resolution zur Abstimmung gestellt wird, erhebt sich ein Wald von Händen, niemand stimmt gegen sie. Dreimal braust dann der Kampfruf der Sozialdemokraten über den Platz; die Versammlung hat ihr Ende erreicht. Einer riesigen schwarzen Schlange gleich windet sich die Menge durch den Garten auf die Straße der Stadt und dem Heim zu.

Die bürgerliche Presse, die die russischen Zustände in Kiel beschuldigt und verteilt, handelt nur konsequent, wenn sie in widerlicher Zerknirschtheit vor dem Verantwortlichen des russischen Schandsystems herumwedelt. Die Kieler Sozialdemokratie aber hat zu ihrem freimütigen Protest und der glänzenden gewaltigen Demonstration gegen das russische Schandregime und den Besuch des verantwortlichen Trägers dieses Regimes nicht nur die Zustimmung der Sozialdemokratie ganz Deutschlands sondern auch die aller Freiheitsfreunde.

Briands Debut als Ministerpräsident.

Paris, 27. Juli. (Fig. Ver.)

Die heutige Kammerkunft hat Briand den vorausgesehenen Erfolg gebracht. Das Ferienbedürfnis der Deputierten und die Desorientierung des Radikalismus schlossen einen ernsthaften Angriff aus. Die Sozialisten nahmen an dem Scheingefecht nicht teil. Für sie ist die Regierung Briands wie jede andere bürgerliche Regierung ein Organ der Massenverschöpfung. In welcher Form aber sich die proletarische Opposition zu weiden hat, hängt natürlich von den Taten des neuen Ministeriums ab. Sie sind erst zu erwarten.

Vorläufig kennt man erst ein Programm und eine Ministerrede. Das Programm enthält nichts Ueberraschendes. Daß die Altersversicherung und das Beamtenstatut vor den Wahlen fertiggestellt werden, ist das Minimum dessen, was die bürgerlichen Republikaner brauchen, um sich vor die Wähler zu wagen. Die Durchhebung des Streikverbots für die Beamten ist bei dem einseitigen Führer der Generalstreikpropaganda eigenwillig, aber eine natürliche Reaktion jeder bürgerlichen Regierung auf einen Ausbruch, der wie der der Postbeamten die Ruhe der herrschenden Klassen gefährdet, aber gleichzeitig auch die mangelnde Bereitschaft der Beherrschten offenbart hat. Wertwichtig ist die Verwirklichung der Militärjustizreform. Ein merklicher Widerspruch besteht zwischen der Regierungserklärung und der Rede des Ministerpräsidenten in bezug auf die Einkommensteuer. In der Erklärung heißt es: „Wir haben das Vertrauen, daß die Regierung die Zustimmung des Senats zum Entwurf über die Einkommensteuer erhalten wird. Keine Bemühung wird uns zu groß sein, um vor dem hohen Hause den klar erklärten Willen der Kammer zu verteidigen.“ In der Rede berichtet Briand nur, daß die Einkommensteuer „zu ihrer Zeit“ kommen werde und fügt hinzu, daß ihrer Durchführung wie die Gesetzgebung über die Verwirklichung nur in einem friedlichen und ruhigen Land möglich sei. Ueber die Wiedereinsetzung der gemahregelten Postbeamten hat der Ministerpräsident nur ein paar ganz unbestimmte Worte gesagt, die sie als reine Opportunitätsfrage hinstellen. Ueber das wichtigste, dringendste politische Problem der Republik, die Wahlreform, hilft sich die Regierungserklärung mit der Ausflucht aller wahlreformfeindlichen Regierungen der Welt hinweg, indem sie sagt, es müsse erst „studiert“ werden. Doch „meint“ sie, daß man der Kammer wohl einen Versuch mit dem Proporz bei den nächsten — Gemeindevahlen vorschlagen werde. Das heißt also, daß bei den bevorstehenden Kammerwahlen die korrupterende, den Willen der Wählerschaft verätschende Wahlreform jedenfalls noch Anwendung finden soll.

Von den persönlichen Veranlassungen Briands verdient ein Satz der Rede als geflügeltes Wort erhalten zu werden: „In mir ist — ich möchte nicht sagen, ein anderer Mensch entstanden, sondern ein Mensch, der sich an seine Funktion angepaßt hat.“ Der Lessingische Welmann de la Marlinière wollte sich nicht seiner ausdrücken. Auch die Betonerung: „Wenn ich meine Person als Element der Spaltung der republikanischen Partei ansähe, würde ich Sie auffordern, mir nicht Folge zu leisten“, ist interessant. Sowiebald zarte Rücksicht und Unfähigkeit hat Briand gegenüber der sozialistischen Partei nicht an den Tag gelegt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Juli 1908.

Eine freisinnig-nationalliberale Koalition bei den sächsischen Landtagswahlen.

Verwandte Seelen finden sich zu Wasser und zu Land! Wie der Nationalliberale Landesverein für das Königreich Sachsen mittelteil, sind zwischen den Vertretern des Nationalliberalen Landesvereins, der Freisinnigen Volkspartei und des Liberalen Landesverbandes am 26. Juli in Leipzig eine Beratung statt zu dem Zweck, über die Wahlkreise, in denen durch die Aufstellung liberaler Kandidaten verschiedener Richtung voraussichtlich eine Zerspaltung der Liberalen Stimmen herbeigeführt wird, eine Verständigung zu erzielen. Die Verhandlungen ergaben eine Verständigung über einige allgemeine Grundsätze, die für die Aufstellung der Kandidaturen maßgebend sein sollen, sowie über gewisse, einzelne Wahlkreise betreffende Vorschläge. Die Durchführung dieser zunächst unverbindlichen Abmachungen wird von der Zustimmung der Parteileitungen wie der örtlichen Organisationen abhängen.

Älberne Beschuldigung.

Das Berliner Schwarzmaderblatt „Berliner Neueste Nachrichten“ läßt sich aus Bayern schreiben, daß der Stimmengewinn der Sozialdemokratie im Wahlkreise Neustadt-Landau darauf zurückzuführen sei, daß das Zentrum eine Anzahl seiner sicheren Wähler bestimmt habe, sozialdemokratisch zu wählen, damit der Sozialdemokrat mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl kommt. — Wüßte man immer nur genöthigt, daß in der bürgerlichen Presse behauptet wurde, die Sozialdemokratie habe Wähler abkommandiert, um die eine oder die andere bürgerliche Partei in eine Stichwahl zu bringen. Selbstverständlich war davon nie ein wahres Wort. Genau so aber steht es mit der angeblichen Abkommandierung der Zentrumswähler. Bei der letzten Wahl erhielten die Nationalliberalen 14 618, das Zentrum 8767, die Sozialdemokratie 6340 Stimmen. Das Zentrum hätte also Aussicht gehabt, selber in die Stichwahl zu kommen. Es ist nicht einzusehen, weshalb das Zentrum diese Situation hätte fürchten sollen. Daß der Stimmengewinn der Sozialdemokratie den Gegner

Überraschend kommt, ist begreiflich; sie wollen aber diesen Stimmenzuwachs nicht auf das Konto der volkstümlichen Politik der bürgerlichen Parteien gesetzt wissen, sondern ergeben sich in allen möglichen Phantasieereien, um eine Erklärung für diese so außerordentlich leicht begreifliche Erscheinung zu finden.

Folgen der Tabaksteuer.

Die der Berliner Gewerkschaft des Tabakarbeiterverbandes mitgeteilt wird, beschäftigen die Fabrikanten in Trebbin, am 15. August ihre Fabriken zu schließen. Daburh würden in diesem Orte mit einem Schläge 250 Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakbranche brotlos werden.

In Brandenburg a. N. kommt außer einigen ganz kleinen Fabrikanten eine Firma mit 80 Arbeitern und Arbeiterinnen in Betracht. Diese hat sich damit einverstanden erklärt, daß sie keine Entlassungen vornehmen, sondern die Arbeitszeit für alle Arbeiter gleichmäßig verkürzen wird.

Nur nicht sparen!

Raum ist das Reichsdefizit durch die neubewilligten Steuern ziemlich gedeckt, so geht auch schon die Regierung daran, allerlei neue Geld erforderliche Kolonialpläne auszudecken. Zunächst soll, wie eine halbamtliche Korrespondenz zu berichten weiß, die höhere Lehranstalt in Tsingtau (Kiautschou) zu einer deutschen Hochschule ausgestaltet werden.

Die im Jahre 1907 in Tsingtau errichtete deutsch-chinesische höhere Lehranstalt soll, so meldet die betreffende Korrespondenz, im Herbst dieses Jahres weiter zur Hochschule ausgebaut werden. Bislang bestand die Schule aus einer Vorbereitungsanstalt von sechs Klassen, die sehr gut von jungen Chinesen besucht wird. Es soll nunmehr, wie ursprünglich beabsichtigt, eine fachwissenschaftliche Hochschule angegliedert werden, die vier Abteilungen, eine staatswissenschaftliche, eine technische, eine medizinische und eine land- und forstwirtschaftliche, erhalten wird. Der Lehrgang soll 3 bis 4 Jahre währen. Zunächst kommt im Herbst die staatswissenschaftliche und technische Abteilung zur Einführung. Lehrlinge in der staatswissenschaftlichen Abteilung sind: Völkerrecht, Staats- und Verwaltungsrecht, Staatsrecht, Eisenbahnenrecht, Vergleichen, Seerecht, Nationalökonomie, Finanzwissenschaft, in der technischen Abteilung: Maschinen- und Schiffbau, Holz- und Tiefbau, Eisenbahnbau, Bergbau, Elektrotechnik. Die weitere Ausgestaltung der Hochschule hängt allein von den Fortschritten der Schüler in der Unterstufe ab. Die medizinische Abteilung soll in kleinem Rahmen gehalten werden, da geeignete Schüler an die deutsche Medizinische Schule in Shanghai abgegeben werden können. Der land- und forstwirtschaftliche Unterricht soll nur so weit ausgestaltet werden, als sich hierfür die bereits im Schutzbereich vorhandenen Betriebe nutzbar machen lassen.

Der neue Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern.

Der Unterstaatssekretär Dr. Richter, bisher Desbrüdes rechte Hand im Handelsministerium, ist zum Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern ernannt worden. Er ist also seinem bisherigen Chef in dessen neues Ressort nachgefolgt. Dr. Richter ist im 53. Lebensjahr. Nach dem Studium der Rechte wurde er 1879 Referendar beim ostpreussischen Tribunal, trat 1882 zur Staatsverwaltung über und wurde 1886 Regierungsrat bei der Regierung in Wofen. Seit 1888 arbeitete er bei dem dortigen Oberpräsidenten, und 1891 wurde er als Hilfsarbeiter in das Reichsamt des Innern einberufen, in dem er im April 1892 zum Regierungsrat und händigen Hilfsarbeiter ernannt wurde. Im November 1895 rückte er zum Geheimen Regierungsrat und vorzutragenden Rat und drei Jahre später zum Geh. Oberregierungsrat auf. Im Oktober 1902 erhielt er seine Beförderung zum Direktor im Reichsamt des Innern und wurde darauf 1905 an Stelle des verstorbenen Unterstaatssekretärs Dr. Rohmann Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Gewerbe.

Weiteren Kreisen bekannt geworden ist Dr. Richter vornehmlich durch seine Vertretung Deutschlands auf der Chicagoer Weltausstellung im Jahre 1893 und seine Tätigkeit als Reichskommissar der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900.

Erhöhung der Fahrpreise 4. Klasse in Württemberg.

Die Finanzkommission des württembergischen Landtages beschloß mit 12 gegen 3 Stimmen, den Fahrpreis für die 4. Klasse der württembergischen Eisenbahnen von 2 Pf. auf 2 1/2 Pf. pro Kilometer zu erhöhen. Nur die Sozialdemokraten stimmten dagegen, während alle bürgerlichen Parteien geschlossen für diese Mehrbelastung der minderbemittelten Volksschichten eintraten. Von sozialdemokratischer Seite wurde nachgewiesen, daß keineswegs gerade die 4. Klasse das Defizit der Eisenbahnverwaltung verschuldet habe und ihre Betriebskosten nicht bede; es sthe vielmehr fest, daß in der 4. Klasse auf denselben Raum 70 Fahrgäste kommen, auf den in der 3. Klasse nur 66 Platz finden und die Wagen der 4. Klasse sind meist voll besetzt, während die anderen Klassen teils leer oder mangelhaft besetzt fahren. Es sei zugubeden, daß in den letzten Jahren eine Abwanderung solcher Passagiere in die 4. Klasse stattgefunden hätte, die früher in höheren Klassen fuhren. Die Ursache hierfür liege aber in der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung, die immer weitere Schichten, auch die des Mittelstandes, zu möglicher Einschränkung zwingt.

Bei dem Mehrheitsverhältnis in der Kommission ist jedoch mit Sicherheit auf die Annahme der Erhöhung auch im Plenum des Landtages zu rechnen.

Nationalliberale Charakterlosigkeit.

An politischer Charakterlosigkeit können die Nationalliberalen wahrhaftig nicht mehr übertraffen werden. Wie die „Germania“ feststellt, bettelt die nationalliberale „Pfälzische Presse“ das Zentrum an, bei der Stichwahl in Neustadt-Landau die Stimmen dem nationalliberalen Kandidaten zu geben. Das Blatt begründet dies mit der Religionsfeindschaft der Sozialdemokratie. Die „Germania“ übergeht das nationalliberale Blatt verdientermaßen mit Spott und Hohn, indem sie feststellt, daß die Weichnachts-, Oster- und Pfingst-Zeitartikel der „Pfälzischen Presse“ antichristlich waren. Was das Blatt von den Sozialdemokraten sage, gelte in vollem Umfange von ihm selbst und das ganze Gebahren müsse als hohle, heuchlerische Bezeichnung werden. Die „Germania“ bemerkt zum Schluss: „In Neustadt-Landau wird der Liebe Nähe freilich vergebens sein.“

Studentenstreiche.

Zu widerlichen Ausritten ist es infolge von Ausschreitungen einiger Studenten vor dem bekannten Gasthaus „Zur Kofe“ in Jena gekommen. Dort hatten die Mitglieder einer studentischen Verbindung dem Gambinus wohl zu reichliche Opfer gebracht, denn ihr Latendrang äußerte sich auf der Straße dadurch, daß sie harmlose Passanten antempelten und die „Pflaster andöbeln“. Nachfahrer wurden von den Mädem gerissen und Kindern Spirituosen verabfolgt, jedoch sie betrunken wurden. Da die „Pflister“ nur geringes Verhältniß für derartigen Studententum zeigen, kam es zu Zusammenstößen. Allmählich sammelte sich vor dem Gasthause eine Menschenmenge an, die ihrer Empörung über das Treiben der Studenten lauten Ausdruck gab. Diese mochten sich jetzt bedroht fühlen, denn einer von ihnen gab einen Schreckschuh aus einer

Browningpistole in die Luft ab. Ein Polizist wollte darauf dem Studenten, der fortwährend rief: „Wer mir in den Weg kommt, den schleie ich nieder“, die gefährliche Waffe entreißen. Es entspann sich zwischen den beiden ein Handgemenge, in dessen Verlauf ein zweiter Schuß losging. Die Kugel traf den Schutzmann in den rechten Oberschenkel. Er mußte ins Krankenhaus übergeführt werden. Der betreffende Student, der behauptete, er habe nicht absichtlich geschossen, wurde zu seiner eigenen Sicherheit nach der Polizei geführt, da die Menschenmenge nicht über Lust hatte, an ihm eine Art Lynchjustiz zu üben.

Was sich die Polizei erlauben darf.

Bei der Verurteilung eines Stadibaurates in Hörde bei Dortmund verlangte der Polizeirat Heide, daß ein Möbelwagen, der auf der sehr breiten Straße, die der Leichenzug passierte, stand, von der Straße für die Dauer des Vorbeizuges fortgefahren würde. Der Fuhrmann und die Pader wiesen darauf hin, daß die noch im Wagen befindlichen Möbel dann schwer beschädigt würden und der Wagen umfallen könne, und weigerten sich deshalb, der polizeilichen Aufforderung nachzukommen. Der Polizeikommissar ließ den Wagen dann einfach durch einen Beamten fortfahren. Den Aufseher ließ er festnehmen; die Möbel wurden alle beschädigt und fielen zum Teil auf die Straße.

Der Kommissar hatte sich wegen der Gesetzesübertretung vor der Dortmunder Ferienstrasskammer zu verantworten. Der Staatsanwalt beantragte wegen der unerlaubten Festnahme eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Das Gericht sprach jedoch den Angeklagten frei, weil es annahm, daß der Polizeikommissar nicht bewußt rechtswidrig gehandelt habe.

Frankreich.

Die Gewerkschaft der Postbeamten.

Paris, 29. Juli. Das Polizeigericht verfügte die Auflösung der Postbeamten-Syndikate, die sich bei dem letzten Ausstande konstituiert hatten. 16 Postbeamten wurden als Gründer der Syndikate zu je 10 Frank Geldstrafe verurteilt.

Begnadigung der Deserteure.

Paris, 29. Juli. Die kürzlich vom Kriegsgericht zu Casablanca über die Deserteure der Fremdenlegion verhängten Strafen sind vom Präsidenten Fallières gemildert worden.

England.

Die Arbeiter gegen das Wettlaufen.

In der letzten Plottendebatte, die wir bereits in telegraphischem Auszug wiedergegeben haben, hielt der Vorsitzende der Arbeiterfraktion Warnes eine Rede, die sich mit großer Schärfe gegen die imperialistische Agitation wandte, und aus der wir noch einige charakteristische Stellen nachtragen wollen. Warnes sagte:

„Die Arbeiterpartei unterstützt das Amendement auf Herabsetzung des Plottentats, da keine Gründe für die Erhöhung der Plottenausgaben vorgebracht wurden; ebensowenig wurden Vorteile geliefert, daß die deutsche Regierung ihr Bauprogramm beschleunige. Das deutsche Plottentprogramm enthält nichts Mystisches. Um die Mitte des Jahres 1912 wird Deutschland 13 Schlachtschiffe vom Dreadnoughtstyp haben, während England zu Ende des Jahres 1911, wenn die 4 Dreadnoughts des laufenden Etats fertiggestellt sind, 16 Dreadnoughts besitzen wird; mit den 4 Eventual-Dreadnoughts würde England 20 gegen 13 deutsche haben. Die konservative Opposition ist in Plottensachen nicht zufrieden zu stellen. Die Arbeiterfraktion vertritt in England dieselben Ansichten, wie die Sozialdemokratie mit ihren drei Millionen Wählern in Deutschland. Ich kann nicht zugeben, daß die herrschenden Klassen Deutschlands uns feindlich gesinnt seien. Aber auch wenn sie es wären, so könnte dies nur die Folge der Jingoismen britischer Politiker sein. Die Mitteilung des konservativen Abgeordneten Lee, daß die Struppischen Werke im letzten Jahre ihr Personal um 38000 Mann oder um 60 Proz. vermehrt haben, um die Plottentrüstungen beschleunigen zu können, ist eine groteske Liebestreibung. Währendem hier Panikreden über die Beschleunigung der deutschen Plottentrüstungen gehalten wurden, schrieben mir meine Freunde, daß nur auf einer einzigen deutschen Schiffswerft die Zahl der Arbeiter erhöht wurde. Die britische Regierung scheint den Vorwurf, daß Deutschland seine Plottentrüstungen beschleunige, stillschweigend fallen gelassen zu haben. Es wäre aber ihre Pflicht, diesem Hause und Deutschland gegenüber dies offen anzuerkennen und die Anschuldigung zu widerrufen. (Beifall bei der Arbeiterfraktion.)

In Deutschland sowohl wie in England entsteht eine Bewegung gegen das Anschwellen der Plottentrüstungen. Die Arbeiter beider Länder erblicken in den wachsenden Plottentrüstungen eine Gefahr für den Frieden. Sie fürchten weder fremde Armeen noch fremde Plotten. Die Plotten, die sie bekämpfen, befinden sich innerhalb ihrer eigenen Länder, und sie heißen: Unwissenheit, Elend und Krankheit.“ (Beifall.)

Die Territorialarmee.

London, 28. Juli. Das Kriegsministerium gibt bekannt, es habe beschlossen, die Territorialarmee durch Bildung einer Reserve zu erweitern, die alle geeigneten Leute umfassen soll, welche sich zur Teilnahme an der Landesverteidigung bereit zeigen. Die Reserve wird aus drei Klassen bestehen. Zur ersten Klasse sollen 100 000 Mann gehören, die bei Verlusten im Kriege als Ersatz herangezogen werden. Die zweite Klasse soll eine technische Reserve darstellen. Die dritte Klasse besteht in einer Veteranenreserve aus gedienten Offizieren und Mannschaften.

Türkei.

Die kretische Frage.

Konstantinopel, 29. Juli. Die Erregung über die Hissung der griechischen Flagge auf Kreta dauert fort. Die Wälder wessen in scharfen Worten auf die Erfolglosigkeit der türkischen Diplomatie hin. Die jungtürkischen Deputierten erklären, es sei der Türkei unmöglich, die Bedeutung der letzten Vorgänge verfehlern zu wollen, wie dies der Großvezir in der Unterredung mit dem Redakteur der „Sabah“ versuchte. Die Stellung des Kabinetts, die in den letzten Tagen etwas besetzt war, erscheint neuerdings stark erschüttert. Ein gestern abgehaltener Ministerrat soll über die künftige Haltung der Regierung in der Kretafrage wichtige Beschlüsse gefaßt haben. Die türkischen Vertreter im Auslande erhielten neue Instruktionen. Wie verlautet, wird die Kammer in den nächsten Tagen die Regierung über die Kretafrage interpellieren.

„Zachyromos“ erzählt, die griechische Regierung habe an die Worte das freundschaftliche Ersuchen um Aufklärung über die Gründe von Truppenbewegungen an der türkisch-griechischen Grenze gerichtet. Nach der „Turquie“ habe die türkische Flotte Befehl erhalten, nach dem Regäischen Meer abzugehen.

Nach Mitteilungen des neugegründeten türkischen Informationsbureaus hat sich die Woforte wegen der Hissung der Flagge an die Schutzmäde gewandt, welche versicherten, sie garantierten die Wahrung der türkischen Rechte und des Status quo auf Kreta.

Die kriegerische Kammer.

Konstantinopel, 29. Juli. In der Kammer kam es heute zu einer patriotischen Kundgebung wegen Kretas. Die Sitzung wurde mit der Verlesung von Telegrammen eröffnet, welche in sehr großer Zahl aus allen Teilen der Türkei eingelaufen sind. In diesen Depeschen wird die Veranstaltung von Versammlungen angekündigt und erklärt, daß alle Osmanen bereit seien, ihr Blut für die Verteidigung der Rechte der Osmanen auf Kreta zu vergießen. Mehrere türkische, albanische und arabische Deputierte hielten unter lebhaftem Beifall begeisterte Reden, in welchen sie der Regierung Untätigkeit vorwarfen, sie aufforderten, energisch vorzugehen, und erklärten, daß alle zum Kampfe bereit seien, um die griechische Flagge auf Kreta zu zerreißen und eine Regierung zu vernichten, welche diese Flagge auf Kreta gehißt habe. An der Debatte beteiligten sich auch ein armenischer und ein bulgarischer Deputierter sowie der Grieche Arta, der die Regierung aufforderte, diese Frage in einer den Interessen der Osmanen entsprechenden Weise zu lösen. Der Präsident erklärte, er werde dem Kabinet von den Besinnungen der Kammer Mitteilung machen. Wie er wisse, sei die Regierung bemüht, die Interessen des Vaterlandes zu wahren. Man müsse ihr darin freie Hand lassen.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen.

Der Jahresbericht des sozialdemokratischen Vereins in Fürth verzeichnet trotz der Krise, die in Fürth geradezu verheerend wirkt (heute sind 600 Arbeitslose vorhanden, für die die städtischen Kollegien dieser Tage 6000 M. für Koststandsarbeiten ausgeworfen haben), einen Fortschritt in der Entwicklung! Bemerkenswert aus dem Bericht ist die Tatsache, daß die Verteilung eines Briefes in Form eines Flugblatts an Landarbeiter und Kleinbauern der Partei viele neue Mitglieder aus diesen Kreisen gebracht hat. Frauen sind im Wahlkreis bereits nur 200 politisch organisiert, für die neben Lesenden auch Nähkurse eingerichtet sind, die gut frequentiert werden.

Der sozialdemokratische Verein Nürnberg hat seine Mitgliederzahl im vergangenen Jahre um 1000 vermehrt. Unter den 18 500 Mitgliedern befinden sich 700 Frauen. Das Prozentverhältnis der Mitgliederzahl zu den sozialdemokratischen Reichstagswählern ist von 87,8 auf 40,6 gestiegen. Bei einem Massenbestand von 12 000 M. bilanzieren Einnahmen und Ausgaben mit 67 000 M. Der Nürnberger Parteitag verursachte eine Ausgabe von 10 800 M. und brachte eine Einnahme von 8750 M. Das Defizit von 1500 M. wurde aus der Vereinskasse gedeckt. Die Neubauten der „Fräulein Tagesspost“ repräsentieren inklusive Maschinen usw. einen Anschaffungswert von rund 900 000 M. Unser Parteiorgan ist bei einer Auflage von 80 500 die größte politische Zeitung Nürnbergs und ganz Nordbayerns. Die neu eingerichtete Buchhandlung floriert sehr gut.

Sehr interessant ist der Bericht des Bildungsausschusses: 159 Unterrichtsabende und Vorträge wurden im Berichtsjahre abgehalten, davon von dem angestellten Lehrer (Dr. Maurenbrecher) 147. Ueber die Unterrichtsstunde für Jugendliche sagt Maurenbrecher: „Es hat sich gezeigt, daß die Aufmerksamkeit am größten war bei dem Thema: „Die Abstammung des Menschen“ und „Der 18. März“. Die theoretischen und literarischen Stoffe, die einige Fähigkeit zu systematischem Denken voraussetzen, gingen wohl über das Interesse der Jugendlichen hinaus.“ Ferner meint Maurenbrecher, nach seinen Erfahrungen sei es überhaupt unmöglich, an Sonntagen eine systematische und planmäßige Bildungsarbeit unter den Jugendlichen zu treiben; sie wollen den Sonntag als Tag des Aufatmens, des Frohsinns und des Spiels. Er empfiehlt daher die Unterrichtsabende an Wochentagen.

Wie den theoretischen und wissenschaftlichen Lehrcursen für fortgeschrittene Parteigenossen sind gute Erfahrungen gemacht worden: Die Kurse wurden durchschnittlich von 80 Proz. der Angemeldeten regelmäßig bis zum Ende besucht. In Betracht kamen in der Bewegung mit an erster Stelle stehende Parteigenossen. Dagegen sank die Teilnehmerzahl bei Unterrichtskursen, die jedem zugänglich und für eine größere Zahl von Hörern (180) berechnet waren, zuletzt bis auf ein Drittel der Angemeldeten. Maurenbrecher sagt dazu: „Gerade derjenige Kursus (die sozialen Klassen), der mit in der Vorbereitung die meiste Arbeit gemacht hat, in dem meiner Meinung nach am meisten Arbeit steckt, hat das wenigste Interesse in der breiteren Masse der Zuhörer gefunden.“

An Theaterbillets hat der Bildungsausschuss 5000 Stück vermitteln können. — Die Jugendabteilung zählt heute 700 Mitglieder. Bei einem Massenbestand von 1000 M. bilanziert der Etat des Bildungsausschusses mit 6300 M.

Soziales.

Fabrikbetrieb oder Justizhand.

Ein vor dem Gewerbegericht um ein Objekt von 80 Pf. verhandelter Rechtsstreit zeigte wieder einmal, wie Fabrikunternehmer die Rechtsverhältnisse ihrer Arbeiter durch rigorose Strafbestimmungen in der Arbeitsordnung „regeln“. Die Arbeiterin K. war bei der Firma Siegel u. Cie. beschäftigt. Bei der letzten Lohnzahlung wurden ihr 80 Pf. in Abzug gebracht und zwar, wie der Vertreter der Beklagten sagte, 30 Pf. für eine Unvorsichtigkeit und 50 Pf. weil durch Unvorsichtigkeit der Klägerin ein Stempelstein beschädigt worden sei. Die Firma hält sich zu den Abzügen auf Grund der Arbeitsordnung für berechtigt. Das Gericht bezeichnet die Strafbestimmungen der Arbeitsordnung — unter anderem wird auch den Arbeiterinnen das Tragen bei einer Strafe von 30 Pf. verboten — als gegen die guten Sitten verstößend. Das Gericht hielt aber doch eine Beweisaufnahme über das Verhalten der Klägerin für erforderlich, deshalb wurde die Verhandlung vertagt.

Nachbezahlung der Ueberstunden als Grund zur Lösung des Arbeitsverhältnisses.

Nach fünfwochenlanger Beschäftigung bei der Firma Oppmann, Fabrik türkischer Oele und Ösenzen und Fruchtastpresserei, löste der Fruchtastpresser M. das Arbeitsverhältnis, weil er die geleisteten Ueberstunden nicht bezahlt erhielt, und klagte vor dem Gewerbegericht auf Entschädigung. Er bezog in der ersten Woche seiner Tätigkeit einen Stundenlohn von 50 Pf.; plötzlich sollte er mit 25 M. Wochenlohn zufrieden sein. Die Firma will den Kläger nur für die Zeit der Arbeitsaufhebung in der Fruchtastpresserei engagiert und ihm gelagt haben, daß er es mit der Arbeitszeit nicht genau nehmen dürfe. Sie hält sich zur Erfüllung der Forderung eine vierzehntägige Lohnüberzahlung zu zahlen, nicht verpflichtet, da der Kläger infolge der Lohnverweigerung für die Ueberstunden selbst das Arbeitsverhältnis gelöst hat. Das Gewerbegericht vertritt die Ansicht, daß bei einem dauernden Arbeitsverhältnis, in dem die Arbeitsaufhebung durch eine schwächere Geschäftszweig mit ihrer Arbeitsverringerung wieder ausgemittelt wird, der Anspruch auf Ueberstundenbezahlung noch streng sein könnte. Der Kläger sei aber, wie die Beklagte selbst angibt, nur für die Zeit der Arbeitsaufhebung in der Fruchtastpresserei engagiert worden und war somit berechtigt, die Bezahlung der Ueberstunden zu fordern. Da ihm dieser Lohn nicht bezahlt wurde, war er nach § 124 Ziffer 4 der Gewerbeordnung zur Lösung des Arbeitsverhältnisses berechtigt. Der Beklagte mußte deshalb zur Zahlung der 50 M. Entschädigung verurteilt werden.

Gewerkschaftliches.

Noch ein Appell!

Die amerikanischen Arbeiter bedienen sich des Boykotts mit mehr oder weniger Erfolg seit den letzten 25 Jahren. Alle die berichtigten Entscheidungen des Bundesgerichtes der Vereinigten Staaten gegen die Arbeiter wurden hervorgerufen durch Boykotts, welche gegen den organisierten Arbeitern feindlich gesinnte Firmen geführt wurden.

Die Vereinigten Gutmacher von Nord-Amerika waren von einer Fabrik auf Schadenersatz verklagt worden und ein Zahlungsurteil wurde gegen dieselben erlassen. Um dieses Zahlungsurteil durchzuführen, ließ die Klägerin die Ersparnisse und Heimstätten von Mitgliedern der Gutmacher-Union mit Beschlag belegen und brachte dadurch viele Arbeiter und ihre Familien in Not und Elend. Samuel Compers, John Mitchell und Frank Morrison, Beamte der „American Federation of Labor“, wurden zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie in dem „Federationist“, dem offiziellen Organ der A. F. of L., eine Liste von arbeitserleidenden Firmen veröffentlicht hatten. Ferner stehen die Beamten und viele Mitglieder der Schriftsetzer-Union Nr. 6 von New York unter Auflage wegen Nichtachtung der Gerichte des Staates New York, weil sie die Mitglieder und Freunde der Union gegen den Kauf der Schnittmuster und Zeitschriften der Butterick Publishing Company beeinflusst hatten.

In Deutschland scheint in dieser Beziehung ein anderer Wind zu wehen. Dort wurde vom Reichsgericht den Mitgliedern von Organisationen das Recht zugestanden, auf ihre Freunde einzuwirken und dieselben zu veranlassen, nicht solche Firmen zu unterstützen, welche die Absicht haben, die Arbeitervereinigungen zu zerstören. Wenn die amerikanischen Arbeiter ein gleiches Recht vor dem Gesetze hätten, wäre es den unionsfeindlichen Korporationen, wie der Butterick Publishing Company, nicht möglich, ihr Geschäft weiter zu betreiben, und die amerikanischen Arbeiter hätten es nicht nötig, sich hilfesuchend an ihre Kameraden in Europa zu wenden.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Butterick Publishing Company (bekannt als der Schnittmuster-Truist) ihre Erzeugnisse über die ganze Welt versendet. In Deutschland sind ihre Zeitschriften unter den Titeln „Moden-Revue“, „Buttericks Moden-Album“ und „Buttericks Moden der Hauptstädte“ bekannt und enthalten dieselben Abbildungen und Beschreibungen von Moden, von deren Verbreitung der Verkauf ihrer Kleider-Schnittmuster abhängt.

Wenn die Frauen und Töchter der Arbeiter und Parteigenossen in Deutschland sich stritt weigern, die „Moden-Revue“, „Buttericks Moden-Album“, „Buttericks Moden der Hauptstädte“, sowie auch alle Schnittmuster der Butterick-Gesellschaft zu kaufen, würde mindestens eine der gierigen Korporationen die internationale Solidarität der Arbeiterschaft zu fühlen bekommen.

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Schlosser.

Der Feenpalast war am Mittwochabend schon um 8 Uhr überfüllt; Kopf an Kopf drängten sich die Schlosser Berlins und Umgegend in dem großen Saale und auf den Galerien. Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte eine allgemeine Schlosserversammlung einberufen, um Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern zu erstatten. In der letzten großen Versammlung, die am 30. Juni in Preyers Festsaal in der Kopenstrasse stattfand, hatten die Arbeiter auf den Wunsch der Meister beschlossen, bis zum 19. Juli auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zu warten. Am 20. Juli fand nun die Sitzung der beiderseitigen Kommissionen statt. Ueber das Resultat war man im allgemeinen durch die Bewegung der Geldschrankschlosser und durch die Bekanntmachungen im „Vorwärts“ unterrichtet. Otto Hande gab aber noch einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Verhandlungen. Die Schlossermeister wollen nicht bewilligen, nur den alten Vertrag, den sie gekündigt haben, wollen sie erneuern, aber gleich auf drei Jahre, das war das Resultat der Verhandlungen.

Nach den Verhandlungen haben die Unternehmer das folgende Rundschreiben erlassen:

Schlosserrinnungen zu Berlin und Charlottenburg und Schuttpferband Berliner Schlossereien und verwandter Gewerbe.

20. Juli 1909. Gitschiner Straße 2.

An die Mitglieder der Schlosserrinnung zc.

Die Juli-Quartalsversammlung vom 19. Juli 1909 hat folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:

„Die Quartalsversammlung beschließt einstimmig, die Lohnsätze des jetzt abgelaufenen Tarifs auf keinen Fall zu erhöhen, sondern nur die bisher gezahlten Minimallohne zu bewilligen. Die bereits von der Meisterkommission gemachten weitgehenden Zugeständnisse in Lohn erhöhungen müssen zurückgezogen werden.“

Nachdem nun die gemeinsamen Verhandlungen mit der Arbeiternerkommmission vom 20. d. Mts. über diesen Beschluß zu keinem Resultat gekommen sind und die Arbeitnehmer erklärt haben, daß sie die Entscheidung ihrer Generalversammlung abwarten müssen und uns innerhalb der nächsten 14 Tage darüber benachrichtigen werden, erwarten wir von unseren Kollegen, daß sie bis dahin unter den alten Tarifbedingungen arbeiten lassen, damit nutzlose Differenzen vermieden werden.

Mit kollegialem Gruß und vorzüglicher Hochachtung

Paul Rarus, Obermeister-Berlin,
Th. Raeder, Obermeister-Charlottenburg,
Ernst Franke, stellv. Vorsitzender des Schuttpferbandes,
Dr. Karwehl, Syndikus und Geschäftsführer.

Handte teilte dann mit, daß die Geldschrankschlosser nicht lange geduldet haben, sondern sofort zum Angriff übergegangen seien und den Streik erklärt haben. Die Unternehmer waren überrascht und erklärten dies Vorgehen als Vertragsbruch, obgleich sie in einem Rundschreiben selbst anerkannt, daß der Vertrag am 1. Juli schon abläufe, und obgleich sie durch ihre Kommission erklären ließen, daß eine tariflose Zeit beginnen müßte, wenn ihr Vorschlag nicht angenommen würde. — Die Geldschrankschlosser haben einstimmig den ersten Vorstoß gewagt, erklärte der Redner, und es gilt nun, die Wirkung abzuwarten und die weitere Taktik der Unternehmer zu beobachten. Taktisch klug sei es für die große Masse im Schlossergewerbe, vorläufig mit entscheidenden Aktionen zurückzuhalten.

Diese Erklärung Handtes rief in der Versammlung einen Sturm hervor. Die Masse verlangte den Streik, den sofortigen Angriff auf der ganzen Linie. Von allen Seiten kamen Anträge, den allgemeinen Streik am nächsten Morgen schon zu beginnen. Von einzelnen Werkstätten wurde die Erklärung abgegeben, daß man selbständig in einen Streik eintreten würde. Ein Diskussionsredner nach dem andern stand auf und erzählte von dem Elend der Schlosser, die als gelernte Arbeiter für 47½ Pf. pro Stunde ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, während alles, was sie pro Leben brauchen, immer teurer wird. Unter donnerndem Beifall forderten sie die Anwesenden

auf, gegen solche Verhältnisse Sturm zu laufen; man könne nicht länger warten, man habe dies schon zu lange getan. — Mit Mühe gelangte ein Mitglied der Kommission, das sich gegen den sofortigen Streik wandte, zum Wort. Die Masse war erregt und erbitert und lehnte eine Resolution, welche die Kommission vorschlug, und die unter gewöhnlichen Umständen sichere Annahme gefunden hätte, ohne weiteres ab. Diese Resolution lautete:

„Die am 28. Juli tagende Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend nimmt Kenntnis von dem Verlaufe der Verhandlungen mit den Arbeitgebern und lehnt das Anerbieten, den bisherigen Tarifvertrag auf weitere drei Jahre zu verlängern, ab. — Die Versammlung nimmt auch Kenntnis von dem Vorgehen der Kollegen aus der Geldschrankschlosserbranche und spricht den Streikenden ihre volle Sympathie aus. Die Agitationskommission der Schlosser wird beauftragt, gemeinsam mit der Streikleitung geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Tarifbewegung erfolgreich zu beenden.“

Die Versammlung erwartet von den Kollegen der einzelnen Betriebe, daß sie den Anordnungen und Ratschlägen der zuständigen Kommission resp. der Organisationsleitung Folge leisten werden.“

Den Anträgen auf einen allgemeinen Streik konnte nicht stattgegeben werden, da sie in dieser Versammlung unzulässig waren und nicht nach den Statuten und ordnungsgemäß erledigt werden konnten.

Durch die Ablehnung der Resolution ist die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in die Lage gebracht, sich mit der gegebenen Situation von neuem zu beschäftigen; in einer besonderen Mitgliederversammlung werden entsprechende Vorschläge zur Lösung der schwebenden Fragen gemacht werden. Unter großer Aufregung wurde die Versammlung geschlossen.

Die streikenden Geldschrankschlosser

kamen am Donnerstagsmorgen bei Franke in der Badstraße wieder zusammen. Ihre Zahl hat sich vermehrt, da die Arbeiter von einigen weiteren Firmen sich den Streikenden angeschlossen haben. Anheim, Panzer und andere haben an die streikenden Arbeiter Briefe gerichtet mit der Aufforderung, angefangene Auftragsarbeiten auszuführen; diese Aufforderung ist in einigen Briefen mit allerlei Drohungen verbunden. Handte erklärte, daß sich niemand zu Beunruhigungen brauche; im Notfall gewähre der Verband Rechtshilfe, man sollte sich um die Briefe überhaupt nicht kümmern. Die Fabrikanten versuchen bereits Streikbrecher heranzuziehen, aber die Organisation ist auch nicht müßig und hat entsprechende Gegenmaßnahmen ergriffen. In der bürgerlichen Presse wird dem Streik viel Aufmerksamkeit gewidmet, der „Volk-Anzeiger“ schreibt, daß 6000 Leute feiern müßten, wenn dem Streik eine Kusperrung folgt; man sucht Stimmung gegen die Streikenden zu machen.

Handte legte den von einer Unterkommision in Verbindung mit den Organisationsvertretern noch einmal durchgesehenen Tarifvertrag, wie er jetzt zur Anerkennung gebracht werden soll, der Streikversammlung vor. Die Arbeitszeit soll wie bisher neun Stunden betragen.

Ueberstunden dürfen nur im äußersten Notfall gemacht werden und sind dann die ersten zwei Stunden mit 25 Proz., die darauffolgenden zwei Stunden mit 50 Proz. und die weiteren Stunden, also Nacharbeit sowie Sonntagsarbeit mit 75 Proz. Lohnzuschlag zu zahlen. Als Ueberstunden gelten diejenigen Stunden, welche über die tariflich festgelegte tägliche Arbeitszeit zu leisten sind.

Der Mindestlohn für ausgelernte Schlosser beträgt 50 bis 55 Pf. Selbständig arbeitende Schlosser und Anschläger erhalten 70 Pf.

Der Mindestlohn pro Stunde beträgt:

Für Schleifer	70 Pf.
„ Dreher	67½ „
„ Fräser und Hobler	62½ „
„ Maschinenarbeiter	50 „
„ Schmiede	70 „
„ Stodgeseffen	55 „
„ ungelernete Arbeiter	45 „
„ Maler und Lackierer	63 „
„ Anstreicher	57 „
„ Arbeitsburschen	30 „

Die länger als sechs Wochen in der Anstreicherei beschäftigten Arbeitsburschen erhalten 45 Pf.

Die Versammelten waren mit diesen und einigen anderen Forderungen des Tarifvertrages einverstanden und erteilten ihre Zustimmung dazu, daß dieser Vertrag den einzelnen Firmen vorgelegt werde.

Achtung, Staker! Die Firma Julius Wolf, Bahnhofsstr. 24, hat bewilligt.
Der Zweigvereinsvorstand.

Achtung, Fliesenleger! Die Differenzen bei der Firma Vielski sowie bei G. Palm sind beigelegt, die Sperrung aufgehoben.
Geschäftsstelle der Fliesenleger.

Ausland.

Vor dem Generalfreist der englischen Grubenarbeiter.

Bei der von der Vereinigung der britischen Grubenarbeiter veranstalteten Abstimmung stimmten 618 381 Arbeiter für den Ausstand zur Unterstützung der schottischen Grubenarbeiter und nur 62 980 dagegen.

Eine neue Konkurrenzorganisation gegen die American Federation of Labor?

Während Samuel Compers, der Führer der American Federation of Labor, in Europa Anschlag auf die Klassenbewußte Gewerkschaftswelt sucht, holt die Klassenkampftröbe Opposition im eigenen Lager zu einem neuen Schlage gegen die Gomperssche Richtung aus. Nach einem programmatischen Artikel, den „The Miners Magazine“, die Verbandszeitschrift der „Western Federation of Miners“ (des Verarbeiterverbandes der Weststaaten), zu der bevorstehenden 7. Jahresversammlung dieser Gewerkschaft veröffentlicht, soll hier wieder einmal versucht werden, der Federation of Labor eine klassenbewußte Konkurrenzorganisation entgegenzustellen. Es wird hierbei einmal auf die immer größere Uebermacht des einheitlich durch das ganze Land organisierten Kapitals und im Gegensatz dazu auf die veralteten Organisationsformen und Methoden der orthodoxen „Unions“ hingewiesen. Diese kühnigen bekanntlich dem Grundfah strikter Verbandsautonomie, der in der Regel eine einheitliche Kampfführung, damit aber meist auch eine erfolgreiche Beendigung der Kämpfe ausschließt. Nur in einzelnen Gewerben haben die Arbeiter sich das System der kombinierten lokalen Aktionsausschüsse angeeignet, aber sonst sind Zwistigkeiten unter den aufeinander angewiesenen Branchenorganisationen und schlimmeres noch sehr häufige Erscheinungen. Um eine weitere Verschärfung der Machtverhältnisse zugunsten der Arbeiter zu verhindern, empfiehlt der Artikel-schreiber die Reorganisation der Gewerkschaftsbewegung in Form der Industrieverbände. Dieser Organisationsform dankte die Western Federation of Labor ihre bisherigen Erfolge. Im eigenen wie im Gesamtinteresse müßten die Western Miners aber auf einen allgemeinen industriellen Gewerkschaftsbund hinarbeiten, der nicht, wie es der Fehler früherer Versuche gewesen sei, auf der Basis individueller Anstrengungen oder aus kleinen Vereinen heraus gegründet werden könne; vielmehr seien es bereits vorhandene große Zentralorganisationen, die das Fundament der

neuen Gewerkschaftsbewegung abzugeben hätten. Es soll nun diesmal zunächst versucht werden, die Western Federation of Miners (die außerhalb der Federation of Labor steht) mit den jetzt noch zum Gompers-Bunde gehörenden United Mine Workers, ferner mit den Brewery Workers (Branchearbeiter) und noch einigen anderen Verbänden zusammenzuschließen. Die beiden letztgenannten Gewerkschaften, die außer den Western Miners zunächst gewonnen werden sollen, unterscheiden sich nun dadurch voneinander, daß der größere von ihnen, die United Mine Workers, einer der konservativsten Verbände ist, der mit Gompers durch die und dünn geht, während die Brewery Workers eine schneidige Kampforganisation bilden, die stärker als irgendein anderer Verband von dem Klassenbewußten deutschen Arbeiterelement beeinflusst wird. Aber auch die Brewery Workers wollen nicht gern dauernd außerhalb der Federation of Labor stehen, wie ihr Verhalten nach ihrer Ausschließung seinerzeit bewiesen hat. Das alles läßt dem Experiment in Denver, wenn es wirklich versucht werden sollte, wenig Chancen. Die Western Federation of Miners war schon bei der 1906 in Chicago vollzogenen Gründung der „Industrial Workers of the World“ beteiligt, die ein ganz ähnlicher organisatorischer Versuch war. Schon damals sind die Hoffnungen, der Federation of Labor eine Reihe Zentralverbände absperrig zu machen, völlig gescheitert, und heute existiert nach genügend Skatelerreien und Spaltungen nur noch ein konfusier Rest dieser Organisation mit dem pompösen Namen. Dagegen hat die Federation of Labor jetzt angefangen, dem Gedanken der Industrieverbände Konzeptionen zu machen, vorläufig in der Metallindustrie und im Baugewerbe; es wurde eine organisatorische Verbindung der verschiedenen Branchenorganisationen hergekehrt. Die Socialist Party läßt sich gemäß Beschluß ihres Parteitag von 1904 in die gewerkschaftlichen Richtungsrichtungen nicht hineinziehen, aber das deutschsprachige Organ der Partei, die „New Yorker Volkszeitung“, rät den sozialistischen Gewerkschaftlern doch, in dem bestehenden Gesamtverbande zu bleiben, dessen innere organisatorische Entwicklung zu fördern und seine Mitglieder zum Verständnis der Lehren des Klassenkampfes zu erziehen, statt außerhalb dieser Organisation wertvolle Kräfte zu vergeuden.

Versammlungen.

Die Möbelpolierer beschäftigten sich in einer Versammlung, die am Dienstagabend im Gewerkschaftshause stattfand, mit Verbesserungsvorschlägen für den paritätischen Arbeitsnachweis. Die in der letzten Versammlung gewählte Kommission legte das Resultat ihrer Beratungen vor. Eine längere Diskussion entspann sich über die vorgeschlagenen Änderungen, die eine gerechtere Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheit bezwecken. Viele müssen unter langer Arbeitslosigkeit leiden, sie werden erbitet und mißtrauisch gegen jeden, von dem sie glauben, daß er ihnen eine gute Gelegenheit geraubt habe. Allerlei persönliche Nebenreize sind die Folge, wie die Diskussion zeigte. Manche Arbeitslose sollen, so wurde mit Entrüstung behauptet, so lange auf dem Arbeitsnachweis warten, um sich die besseren Gelegenheiten herauszusuchen; dadurch werden aber die Mitbewerber benachteiligt. — Das Hauptübel bleibt freilich, daß schon seit langer Zeit die Nachfrage nach Arbeitskräften zu gering ist. — Man einigte sich auf eine Reihe von Vorschlägen, darunter die folgenden: Der Arbeitsnachweis soll bei den Unternehmern durch ein Zirkular in Erinnerung gebracht werden. Alle Arbeitsgelegenheit, die auf dem Verbandsbureau gemeldet wird, soll unverzüglich dem paritätischen Nachweis übermitteln werden. Diejenigen, welche 15 Wochen lang auf dem Nachweis eingeschrieben waren, passende Arbeit, die ihnen angeboten wurde, aber ablehnten, haben sich neu einschreiben zu lassen.

Die Wichtigkeit der Organisation, besonders aber der Anschlag an den Deutschen Holzarbeiterverband, der für die Möbelpolierer allein in Frage kommen kann, wurde vom Vorstand hervorgehoben und darauf hingewiesen, daß die Extramarkten regelmäßig einnehmen werden sollten, um den Ausgesteuerten eine kleine Extraausstattung gewähren zu können.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Invasion unmöglich.

London, 29. Juli. (Unterhaus.) (W. T. B.) Bei der Diskussion über die vom Reichsverteidigungskomitee gemachten Vorschläge erwähnte Premierminister Asquith, das Komitee habe die Frage einer Invasion geprüft. Seit Balfours Erklärungen vom Jahre 1905 seien in der strategischen Lage Europas und der Welt große Veränderungen eingetreten und Lord Roberts habe zweifellos aus diesem Grunde und aus anderen Gründen eine neuerliche Prüfung des Problems im Lichte dieser neuen Tatsachen und Änderungen verlangt. Seit 1905 bestehe ein Subkomitee, das in den Jahren 1907 und 1908 mit großer Sorgfalt alle Änderungen in der strategischen Lage und in den Möglichkeiten einer Invasion geprüft habe. Das Komitee habe denen, die eine Invasion fürchteten, die denkbar günstigsten Bedingungen zugestimmt, nämlich die Möglichkeit, daß das Land von regulären Truppen entblößt sei, und daß der Angriff unerwartet und von seiten einer Macht erfolge, die mit Großbritannien in den normalen diplomatischen Beziehungen stehe. Das Komitee sei einstimmig zu dem Schlusse gelangt, daß, solange die britische Vorherrschaft zur See in angemessener Weise gesichert sei, auf dem Wege, wie Roberts ihn bezeichnet hat, eine Invasion eine durchaus unmögliche Operation sei. (Beifall.) Balfour drückte seine allgemeine Uebereinstimmung mit den Erklärungen Asquiths aus. Darauf wurden die Vorschläge der Kommission angenommen, ebenso wurde die dritte Lesung des Arbeitsbürosengesetzes angenommen.

Soldaten gegen den Krieg.

Madrid, 29. Juli. Die Kundgebungen vor dem königlichen Palais haben sich wiederholt. Es beteiligten sich daran außer der Volksmenge auch Soldaten, die Rufe ausstießen: „Nieder mit dem Krieg!“ Bürgergardisten treffen abteilungswise in der Stadt ein.

Bergarbeiterstich in der Kammer.

Brüssel, 29. Juli. Die Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung mit 75 gegen 48 Stimmen die vom Senat vorgestellten beschlossenen Änderungen an dem Gesetz betreffend den Maximalarbeitsstag für Grubenarbeiter verworfen. Das Gesetz geht nunmehr wiederum an den Senat zurück.

Die Pforte droht.

Konstantinopel, 29. Juli. (W. T. B.) Die Pforte hat ihre Vorkämpfer beauftragt, den Kabinetten der Axta-Schuttmächte mitzuteilen, daß, wenn auf Axta die griechische Flagge gehißt werden sollte, die Türken energisch vorgehen und die Fahne selbst herunterholen würden.

Syndikat aufgelöst.

Paris, 29. Juli. Das während des letzten Poststreiks gegründete Syndikat der Postbeamten wurde heute durch gerichtliches Erkenntnis aufgelöst und die Gründer zu je 16 Frank Geldstrafe verurteilt.

Nur noch heute

Liegen die Gemeindevählerlisten aus und zwar in der Zeit von nachmittags 3 bis abends 8 Uhr und zwar an folgenden Stellen:

In der Turnhalle der 108./116. Gemeindefschule in der Hagenbergerstraße 34 für die Stadtbezirke 1-78.

In der Turnhalle der 20. Gemeindefschule in der Waldemarstraße 77 für die Stadtbezirke 79-144.

In der Turnhalle der 23. Gemeindefschule, Strausberger Straße 9, können die Listen für die Stadtbezirke 145-201 eingesehen werden.

In der Turnhalle der 200./214. Gemeindefschule, Oberberger Straße 57, liegen die Listen für die Stadtbezirke 202-215, 218-267, 277 und 321 aus, und in der

Turnhalle der 70./202. Gemeindefschule, Rabenstraße 12, können die Wählerlisten für die Stadtbezirke 216, 217, 268 bis 276, 278-320C und 322-326D eingesehen werden.

Wahlberechtigt

Ist jeder selbständige Einwohner, der Preuße und 24 Jahre alt ist, wenn er seit mindestens einem Jahre in Berlin wohnt und im letzten Jahre keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat und wenn er mindestens zur zweiten Steuerstufe (800 bis 900 M.) eingeschätzt ist und die Steuern — sofern er über 900 M. eingeschätzt ist — bezahlt hat.

Wahlberechtigt ist aber nur, wer in der Wählerliste steht.

Deshalb darf kein Parteigenosse, kein Arbeiter versäumen, die Wählerliste einzusehen. Wer die Voraussetzungen der Wählbarkeit erfüllt und trotzdem nicht in die Wählerliste eingetragen ist, der erhebe sofort Einwendungen gegen die Richtigkeit der Wählerliste.

Das Vorzeigen derselben erleichtert das Auffuchen der Namen und etwaige Reklamationen ganz ungemein.

Aus Industrie und Handel.

Lebhaftigkeit im Terraingeschäft.

Man könnte fast zu der Annahme kommen, wie bestanden und in einer Periode der Hochkonjunktur und unmittelbar vor der Auflösung einer Bauaktivität, wie bisher kaum erlebt. Mit Terrain wird nämlich zurzeit beinahe ebenso eifrig gehandelt wie mit Streichhölzchen.

Kleines feuilleton.

Die Wirkung des Obstes auf den menschlichen Körper. Die Bedeutung des Obstgenusses geht weit über das Befriedigen hinaus, das die meisten Menschen dabei empfinden, obgleich auch dies allein für die Beförderung der Luft und der Verdauung wichtig genug wäre.

Kann man man meinen, daß die wissenschaftlichen Behauptungen über die nützlichen Vorgänge, die der Obstgenuss in unserem Körper hervorruft, doch nur auf Vermutungen beruhen. Ein hervorragender Chemiker, Dr. Sharp, hat jedoch in einer langen Reihe von Experimenten die Wirkung verschiedener Fruchtstoffe auf organische Stoffe, die in der Zusammensetzung aus dem menschlichen Körper die wichtigste Rolle spielen, aber jeden Zweifel hinaus gerechtfertigt.

treten der neuen Handelsverträge gemacht haben. Damals handelte es sich um eine Vorverfugung, man wollte noch Möglichkeit den höheren Jollen entgegen, jetzt macht man Vorgesächte, damit der Staat keine Steuern bekommt.

Der Arbeitsmarkt im Juni.

Der Arbeitsmarkt wies, nach den Mitteilungen im Reichsarbeitsblatt, im Monat Juni wenig Veränderung im Vergleich mit dem Vormonat auf. Im Kohlenbergbau des Ruhrgebiets war zwar die Förderung und der Absatz noch nicht befriedigend; Feierschichten waren nach wie vor erforderlich.

Bei den an das kaiserliche Statistische Amt Berichtenden Krankenkassen ergab sich am 1. Juli gegen den 1. Juni eine Abnahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 17 806 Mitglieder.

Die Arbeitslosenziffer der berichtenden Fachverbände belief sich Ende April 1909 auf 2,9 Proz., Ende Mai und Ende Juni auf 2,8 Proz.

Banken.

Es haben im Laufe des ersten Halbjahres 538 Aktienbanken ihre Geschäftsergebnisse für 1908 veröffentlicht. Ihr Aktienkapital in Höhe von 3,78 Milliarden Mark brach im Jahre 1907 bei 521 Gesellschaften einen Reingewinn von 479,05 Millionen Mark und einen Verlust von 6,89 Millionen bei 15 Gesellschaften.

Gegen den Hansabund. Die Handelskammer in Wiesbaden hat es abgelehnt, dem Hansabunde beizutreten.

von Drangen. Zu achten ist dann noch darauf, daß viele Früchte, namentlich Trauben, wenn sie auf ziemlich leeren Magen geossen werden, dessen Säure zu sehr steigern.

Musik.

Die Wortwig-Oper im Friedrich-Wilhelmstädtschen Theater erinnerte uns mit ihrer Aufführung von A. Vorhings romantisch-romischer Oper „Undine“ an frühere Zeiten einer eifrigeren Pflege des vollständigen Opernspiels.

Aber weder dies noch die etwas gar gemüthliche Wiedergabe in der Wortwig-Oper soll uns von solchen Aufführungen fernhalten. In einer idealen Welt leben wir nun einmal nicht; nicht jede Stimme ist so hervorragend wie der Voh von Jean Müller.

Theater.

Frank Bedekind und Frau seit einem Monat galoppieren, hatte die Aufführung von „Benur“ einen vollen unbefriedigten Erfolg. Trotz dem Interstit: „Theobdize“ wird darin aber weder Gott bewiesen noch geleugnet; es ist wiederum nur ein Stück paradoxer Eigenphilosophie, in der der Verfasser dem Publikum im Parkett und dem geistlichen Genoss auf der Bühne zu beweisen sucht, daß es den Sinn seines Lebens ausmacht, den Drang nach dem Göttlichen und die Freude am Irdischen, die Vergütung im Geistigen und den Genuß der Schönheit, insbesondere körperlicher Schönheit, zu vereinigen.

Neugründungen im Terraingeschäft. Von Jahresbeginn bis jetzt wurden in Aktiengesellschaften des Baugewerbes insgesamt 22,13 Millionen Mark neu investiert gegen rund 6 Millionen in den ersten sieben Monaten 1908 und 6,87 Millionen 1907.

Ernteaussichten in Russland. Nach den von der „Handels- und Industriezeitung“ über den Saatensland zu Anfang des Monats Juli herausgegebenen Informationen sind die Aussichten für eine bedeutend bessere Ernte als in den Vorjahren weiter gestiegen.

Aus der Frauenbewegung.

Vom Kampf um das Frauenstimmrecht in England.

Die Liga für Frauenfreiheit — Womens Freedom League — nächst den Suffragettes, mit denen sie freundschaftliche Beziehungen unterhält, wohl die bedeutendste bürgerliche Frauenstimmrechtsorganisation Englands, hat in ihrem Kampf um die Feststellung des Petitionsrechtes einige kleine Zugewinne erzielt.

Belantheit ist es eine Spezialität der Suffragettes Mrs. Asquith, wo sie feiner nur habhaft werden können, mit der Frage zu überfallen, wie er über das beschränkte Frauenwahlrecht denke.

Einer Delegierten der Womens Freedom League gelang es nun endlich, ihm eine Petition zu überreichen, doch weigerte er sich, sie anzuhören. Das nennt die Liga „den dritten Triumph ihres friedlichen Protestes“.

Inzwischen agitierten die Frauenstimmrechtlerinnen bei drei Nachwahlen gegen die Kandidaten der liberalen Regierung. Aus einem Kreise kamen mehr als 1000 Postkarten in Westminster an, in denen mitgeteilt wurde, daß über 1000 liberale Wähler auf Ansuchen der Frauen das Parteinteresse dem Prinzip geopfert und gegen die Regierung gestimmt hätten.

Solche kleinen Details geben ein Bild davon, mit welcher Leidenschaft gegenwärtig in England für und wider des Frauenwahlrecht gekämpft wird.

Unerhörliche Geldmittel gestatten es den für das beschränkte Wahlrecht eintretenden Organisationen der Suffragists, der Suffragettes und der Womens Freedom League bei allen Wahlen eine

unschwer die junge Frau des Autors zu erkennen ist. Auch hier wird Allerpersönliches, Allerintimstes mit einer fanatischen Offenheit mitgeteilt. Die Hingabe des liebenden Weibchens vermag Schaffenskraft und Leidenschaft nicht zu entflammen. Der sexuell überfüllte und nun vom Ernst und faustischem Orange besessene Literatur Curidan braucht das „geistige Band“.

Notizen.

— In der Gura-Oper begann am Mittwoch Currian sein Gastspiel als Tristan mit starkem Erfolge. Besonders im dritten Akte zeigte er als Sänger und Darsteller seine Meisterschaft.

— Das Museum für Meereskunde in Berlin, Georgenstraße 34/36, ist vom 1. August d. J. an für den unentgeltlichen Besuch geöffnet: Sonntags von 12-4 Uhr, Montags, Mittwochs und Sonnabends von 10-3 Uhr.

— Das Leipziger Universitätsjubiläum, das heuer zur Erinnerung an das 500jährige Bestehen der Hochschule gefeiert wird, wurde am Donnerstag mit dem üblichen offiziellen Pomp in Szene gesetzt.

— Der erste Ueberflieger des Vermeknals war Blanchard, der am 7. Januar 1785 von Dover aus sich im Ballon über die Meerenge vom Winde tragen ließ und nach drei Stunden das französische Festland erreichte.

— Ein mittelalterliches Strafurteil von heute. Dänemarks höchstes Gericht in Kopenhagen hat am 27. Juli 1909 ein Regemädchen von St. Thomas, eine arme Plantagenarbeiterin, die ihr Kind umbrachte, zum Tode verurteilt.

ZOOLOGISCHER ZGARTEN
Täglich:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintr. 1 M., v. abends 6 Uhr ab
50 Pf. Kind u. 10 Jahr. d. Hälfte.

Melopol-Theater
Die oberen Zehntausend.
Amerik. Operette v. Jul. Freund.
Musik v. Gust. Kerker. In Szene
gesetzt von Dir. Rich. Schultz.
Tänze von Mr. Bishop.
Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Reichshallen-Theater.
Heute:
Gastspiel
Winter-Tymian
mit seiner berühmten
Herrnengesellschaft.
Anf. wochentl. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Sonntag, den 1. August:
Wiederbeginn der Konzerte
der Stettiner Sänger.

Max Kliems
Sommer-Theater und Festsäle
Rudolf Krüger Hasenheide 13/15.
Täglich:
Großes Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Hr. Leitung: Walter Gravenitz.
Neben Donnerstag: **Elitetag.**
Während und nach der Vorstellung
Tanzkränzchen.

Königstadt-Kasino.
Sokolnitschestr. 12 (Ode-Wegandstr.)
Tägl. i. herrl. Natur-Sommergarten
bei ungünstiger Witterung i. Saale
Gr. Theater u. Spez.-Vorstellung.
Ich danke, Herr Franke.
Schwan in 1 Akt von C. Richter.
Molnair, Dumby, Steininger, Filippo
La belle Therese, Stahr u. Schnell.
Anf. wochentl. 8, Sonntags 5 Uhr.

Brunnen-Theater
Badstraße 58. Direktion: Willi Voigt.
Heute sowie täglich:
X **Erstklassige Spezialitäten!** X
Novität! Novität!
Eine tolle Nacht.
Gr. Ausstattung-Ballett
mit Gesang und Tanz in 5 Akten
von Freund und Kammerrat.
Kasseneröffnung 8 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Schweizer - Garten
Am Röhligsdor. Am Friedrichshof
Vorstellung 4 resp. 5 Uhr
Entree 30 Pf.
Theater-Vorstellung
Spezialitäten. D. neue Jubiläum.
Kinematograph, Volksbelustigung.
Ab. 8 Uhr. **Unser Goldjunge** in 2 Akten.
Ab. 10 Uhr. Kinderfreudenfest.

Elysium
Landsberger Allee 40/41. Ecke
Petersburger Straße.
Heute sowie täglich
im prachtvollen Naturgarten:
Vorstellung
abwechslnd von
drei der bestrenommiertesten
Sängergesellschaften.

Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.
Anfang 8 Uhr. Im Theater:
Die grandiosen Spezialitäten.
Im Garten: Freikonzert.
Vor der spanischen Arena.

Stadt-Theater Moabit.
Alt-Moabit 47/48.
Täglich:
Spezialitäten und
Theater - Vorstellung.
Anf. d. Vorstellung wochentags 7 Uhr,
Sonntags 6 Uhr. Sonnt. 8 Uhr, 5 Uhr.
Garteneröffnung 8 Uhr.
Jeden Montag **Elitetag**, Spezialitäten
und Konzerte der „Lustigen
Sänger“.
Bei Regenwetter Vorstellung im
großen Theater-Saal.

35 Sie sparen Geld! Wenn Sie
Möbel direkt zu Engrospreisen
in der Möbelfabrik
H. Walter inb. Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: A. III, 5157
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude - nur
eigenes Fabrikat. - Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Familie Schimek.
Kreuzberg-Festsäle und
Garten. O. Erbert,
SW, Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Nord-
deutsche Säger.
Waffen u. Bergungst. gütlich.
Jeden Sonntag:
Gr. Spezialitäten-Vorstell.
Eintritt frei.
Beschied. Sonnab. an Vereine zu Berg.

JOSETTI JUNO
CIGARETTEN
sind von so ausgesprochener Eigenart in Qualität
und Charakter, dass sie eine Klasse für sich bilden.
Sie repräsentieren die günstigste Zusammen-
stellung aller guten Eigenschaften, die Cigaretten
überhaupt besitzen, sodass sie mit vollem Recht
als beste Marke der 2 Pf. Preislage geschätzt
werden.
Josetti-Junio m. u. o. Mundstück
10 Stck. 20 Pf.
Josetti Cigarettes - Josetti Cigarettes

An diesem
Schild
sind die Läden
erkennbar,
in denen
SINGER
Nähmaschinen
verkauft werden.
Mustergültig in Konstruktion und Ausführung,
gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Neue Welt
Hasenheide 108/114.
Täglich:
Spezialitäten und Konzert.
Anfang 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr.
Entree 25 Pf.
Sonnabend, den 31. Juli 1909:

Gala-Vorstellung.
Kaskaden - Beleuchtung.
Im Hieson-Festsaal:
Sommernachts-Ball.

Puhlmann's Theater
Schönhauser Allee 145
Kastanien-Allee 97/99
Goldene Jugend.
Operette in 2 Akten von Gerda
12 erstklassige Spezialitäten.
The 3 Berlings.
Anfang 5 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Jeden Dienstag:
Gr. Kinder-Freuden-Fest.
Eintr. 15 Pf. Wäge od. Schärpe grat.

Ausnahme-Preise
von 10 Zentner an ab Platz
bis 31. Juli p. Str.
Ferdinand Salon 0.80 Pf.
Bokwitz 0.80
Marie 0.87
Pflanzersaal 0.89
Anhalt, Kohlenwerke u. Jiso 0.95
Halbsteine 0.78
Anthrazit 2.15
Koks, Steinkohlen usw.
zu billigsten Tagespreisen. Kombi-
wagen freien gratis zur Verfügung.
Bei Anfuhr frei Haus 10 bis 15 Pf.
pro Zentner mehr. 19490
Gersberger & Müller
Rohstoffgroßhandlung
I. Platz: Am Mühlenstr. 18.
Schief. Güterbbl.
II. Platz: Palisadenstr. 95. 10 290.

Volksgarten - Theater
früher Weimanns Volksgarten.
Täglich: Konzert, Theater und
Spezialitäten-Vorstellung.
Sonja Suwaroff. X Mita Rosali.
The Odorus. X Hubels-Trio.
Der Brandstifter von Berlin.
Ballett m. Ges. u. Tanz u. Reiflingen.
Donnerstag, 19. Aug.: Gr. Gartenfest

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Brannenstr. 16.
9 1/2, Schulbbewußt. 9 1/2,
Charaktergemälde a. d. Berl. Volkst. b.
Vorher: 20 Nummern d. n. Programms.
Anf. 7, Kassel. 8-8 Uhr, Entree 30 Pf.
Sonnabend: Große Extravorstellung.
Er, sie und es. Pariser Strindbild.

Partei-Expeditionen:
Zentrum: Albert Habnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochstr.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Koch-
portiere.
Süden und Südwesten: Hermann Berner,
Gnellenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Friz, Prinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Andrastr. 17. -
Wihelm Rann, Petersburgerplatz 4, Laden.
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lauscherplatz 14/15
Laden.
5. Wahlkreis: Leo Ruch, Brunnengassestr. 19 (Sof).
6. Wahlkreis (Maukt und Hansviertel): Karl Anders,
Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Böhme, Ruzarschstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann
Rasche, Kiderstr. 56, Eingang Krammerstr.
Gesundbrunn: S. Trapp, Steinstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Wars, Ruhenerstr. 123.
Adlershof: Karl Schwarzkopf, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glenteke: Wilhelm Dürr, Rudowstr. 83 II.
Baumschulenweg: O. Hornig, Ruzarschstr. 13, I.
Bernau-Köntental: Heinrich Bros, Hofstr. 74, part.
Bohnsdorf und Falkenberg: O. Pfeifer, Bohnsdorf, Ge-
nosenschaftshaus.
Charlottenburg: Gustav Scharberg, Eichenheimestr. 1, Ecke
Goebelstr. Laden.
Eichwalde, Zenthen, Hiersdorf und Hankels Ablage:
Fritz Didenburg, Eichwalde, Kronprinzenstr. 61.
Erker: Ernst Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Friedenau-Steglitz-Südende: O. Berner, Schloßstr. 119,
Hof I, im Stiegl. Bestellungen nehmen entgegen in Steglitz:
O. Wabr, Duppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Kohnstr. 15a.
Friedrichshagen: Ernst Westmann, Friedrichstr. 67.
Grünau: Franz Klein, Bahnhofsstr. 6 III.
Hohen-Neuendorf: Wilhelm Zentner, Stolperstr. 50 I.
Johannisthal: Bielde, Koller-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Rüter, Köpcke 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Nieder-
schme, Wintemannstr. 12.
Köpenick: Emil Wähler, Kiekerstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfeide, Wilhelmsberg: Otto
Seidel, Kronprinzenstr. 4, I.
Mahlsdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlsdorf,
Waldesfecht, 14.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 206, Hof.
Neu-Wellensee: Kurt Fuhrmann, Sedanstr. 105, partiere.
Nieder-Schöneweide: Paul Dengel, Grünauerstr. 8.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: August Denies, Laufenerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Otto Rymann, Wählen-
str. 30.
Reinickendorf - Ost, Wilhelmsruh und Schönholz:
B. Gurisch, Komsestr. 12, I.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen u. H. Rosenkranz, Wil-Boxhagen 58.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Canotstr. 2.
Schöneberg: Wilhelm Danmer, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: H. Hoppen, Ragowstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust,
Hermesdorf und Reinickendorf-West: Paul Ritzsch,
Borsigwalde, Rauhstr. 10.
Teltow: Wilhelm Kehler, Hohersteimweg 7.
Tempelhof: Albert Kiesel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
Treptow: Rob. Gramenz, Riechholzstr. 413, Laden.
Wilmerdorf-Halensee: Wittenbel, Landhausstr. 27.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden. 245/1*

Unserem Genossen und Begleitfähren
Emil Lehmann (genannt
Tute)
die herzlichsten Grüsse und die
seiner Begegnung. 1908
Die Genossen des 16. und 17. Bezirks
Charlottenburg.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Ortsverwaltung Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Kollege, der Mineral-
wasser-Arbeiter
Otto Hanne
am Mittwoch, den 28. Juli, im
Alter von 21 Jahren an Lung-
leiden gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 1. August, nachm.
3 Uhr, von der Leichenhalle des
Neuen St. Paulus-Kirchhofes,
Seefstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
68/15 Die Verwaltung II.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Ortsverwaltung Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied, Kleiderarbeiter
Otto Hentze
am Dienstag, den 27. Juli, plötz-
lich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 30. Juli, nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Gemeinde-Friedhofes in Weihen-
den, Mühlstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
68/14 Die Verwaltung II.

**Deutscher
Transportarbeiter-Verband.**
Ortsverwaltung Berlin II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied, Kleiderarbeiter
Otto Hentze
am Dienstag, den 27. Juli, plötz-
lich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 30. Juli, nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Gemeinde-Friedhofes in Weihen-
den, Mühlstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
68/14 Die Verwaltung II.

**Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.**
Am 27. Juli starb nach langem
Leiden im 75. Lebensjahre unser
Mitglied, der Zimmerer
K. Winter.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 30. Juli, nachmittags
4 Uhr, vom Trauerhause Kälber-
straße 1a in Nichtenberg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
7285 Der Vorstand.

**Beerdigungsverein
Berliner Zimmerleute.**
Am 27. Juli starb nach langem
Leiden im 75. Lebensjahre unser
Mitglied, der Zimmerer
K. Winter.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 30. Juli, nachmittags
4 Uhr, vom Trauerhause Kälber-
straße 1a in Nichtenberg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
7285 Der Vorstand.

Für die rege Beteiligung bei der
Beerdigung unseres lieben Sohnes
Alfred Hellwig
sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, dem Jugendverein und Ar-
beiter-Zimmerverein von Köpenick, den
Kollegen der Firma Braun u. Welle so-
wie dem Lithographen-Verband un-
seren besten Dank.
7215 Familie Hellwig.

Dauftagung.
Für die herzliche Teilnahme bei
der Beerdigung meines lieben,
unvergesslichen Mannes, meines guten
Vaters, sagen wir allen Verwandten
und Bekannten, ganz besonders den
Mitgliedern des Sozialdemokratischen
Vereins des 6. Berliner Reichs-
tagwahlkreises Bezirk 657, sowie dem
Verband der Waler, dem Lotter-
verein „Gottung II“ und den Kol-
legen der Firma Zimmermann un-
seren herzlichsten Dank. 1909/15
Wwe. Anna Guhert
geb. Liese wdt. Kinder.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Man lebt ja nur einmal!
Havemanns größte Knabenschule
d. Welt. Spezialität, Konzert, Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Sübrahm-
Margarine**
im Geschmack, Aroma und Nährwert
gleich mit feinsten Vollkornbutter
per Pfd. 60 Pf.
u. Vollkorn a 9/1 Pfd. kann jedem
Hochwertigen Vergleich. In allen
größeren Läden werden für den
Verkauf von Vollkorn an Private
Bestreuer (auch weibliche) engagiert,
gegen Gehalt und Provision. 253/10*

**Altona-Ottensen
Margarine-Werke
Mohr & Co.,**
G. m. b. H.

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Bezirk 152.
Todesanzeige.
Am Dienstag, den 27. Juli,
verstarb unser treues Mitglied,
der Kaiserbeamte
Gustav Wolter
wohnhaft Boehlstr. 25.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 31. Juli, nach-
mittags 5 Uhr, von der Leichen-
halle des Neuen Jakobikirchhofes,
Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
211/2 Der Vorstand.

**Verband d. Bureauangestellten
und der Verwaltungsbeamten
der Krankenkassen
und Berufsgenossenschaften
Deutschlands.**
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern hiermit zur
Kenntnis, daß am 27. Juli 1909
unser Kollege
Gustav Wolter
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, nachmittags 5 Uhr, von
der Leichenhalle des Neuen Jakob-
Kirchhofes in der Hermannstraße
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung er-
sucht 287/2
Der Vorstand.

**Allgemeine Orts-Krankenkasse
zu Berlin.**
Am Dienstag, den 27. Juli er.,
nachmittags 3 Uhr, verstarb der
seit 1. Januar 1908 bei der dies-
seitigen Verwaltung angestellte
Kassenbeamte Herr
Gustav Wolter
im 42. Lebensjahre. 270/17
Der leider zu früh Verstorbenen
war uns ein pflichttreuer Be-
amter, welcher sich durch Aus-
gezeichneten Charakter und
Kameradschaft bei uns ein dauerndes
Andenken gesichert hat.
Der Vorstand.
Witz, Viehl, Vorsitzender.

Todes - Anzeige.
Am 27. Juli er. verstarb am
den Folgen eines erlittenen Sturzes
unerwartet unser lieber Kollege
Gustav Wolter
im 42. Lebensjahre. Der Ver-
storbene hat sich durch ruhiges Be-
schäftigen mit der Arbeit
angehenden Charakter ein
Andenken bei uns gesichert.
Die Angehörigen
der Allgemeinen Orts-Kranken-
Kasse zu Berlin.
Die Beerdigung findet am Som-
abend, den 31. Juli, nachmittags
5 Uhr, von der Leichenhalle des
Neuen Jakob-Kirchhofes in Ri-
xdorf, Hermannstraße 99/105, aus
statt. 270/18

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Arbeiter
Albert Schulz
am 28. Juli an Herzleiden ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabend, den 31. Juli, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Zentral-Friedhofes in
Friedrichsfeide aus statt.
Rege Beteiligung erachtet
190/18 Die Ortsverwaltung.

Gernit zur Nachricht, dass unser
lieber Bruder, Schnager und Dufel,
der Tapezierer 7305
Albert Schulz
nach langen schweren Nervenleiden
am Mittwoch lauti entschlafen ist.
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, nachmittags 1 1/2 Uhr, von
der Leichenhalle in Friedrichsfeide
aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Freunden und Bekannten
die kranke Nachricht, dass mein
lieber Mann, der Schuhmacher
und Laternenangänger
Friedrich Baeker
am Dienstag, 27. Juli, mittags
1 Uhr, lauti entschlafen ist. - Die
Beerdigung findet heute Freitag,
nachm. 3 Uhr, von der Leichen-
halle des St. Kreuz-Kirchhofes in
Rixendof, Eichenauer Straße,
aus statt. 7206
Die trauernde Witwe
Frau Anna Baeker nebst Kindern.

Achtung! Große Versammlung Achtung!

am Sonnabend, den 31. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung:

Vortrag des Präsidenten der Gewerkschaften Nordamerikas Sam. Gompers

„Die Gewerkschaftsbewegung diesseits und jenseits des Ozeans“.

Wir ersuchen die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder um recht regen Besuch.

300/6*

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Verband der haugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 1. August, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung.

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

29/30*

1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritz Zubeck. 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom zweiten Quartal 1909 und Bericht der Revisoren. 4. Diskussion. 5. Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlass.

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Einlass.

Sollzählung und dänisches Erscheinen erwartet

Der Zweigvereinsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1239. Charitéstraße 3. Hauptbüro: Hof III. Amt III, 1957.

Achtung! Schlosser! Achtung!

Sonntag, den 1. August 1909, vormittags 9 Uhr:

Versammlung der Schlosser Berlins und Umgegend

im Palais-Theater (früher Feen-Palast), Burgstraße 24, bis-a-bis der Börse.

Tages-Ordnung:

1. Der Stand unserer Lohnbewegung und welche weiteren Maßnahmen sind notwendig? 2. Diskussion.

Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen und am Eingang vorzuzeigen.

Mitglieder anderer Organisationen, die der Gewerkschaftskommission angeschlossen sind, haben Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung. 120/17

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslokal).

Sitzung der Ortsverwaltung.

Billigste Bezugsquelle für
Hygienische Bedarfs-Artikel
Drogerie Zaremba,
Berlin N., Weinbergsweg 1.
— Ein Versuch —
führt zu dauernder Kundenschaft.

Achtung! Schneidemühl!

Am Sonntag, den 8. August, treffen sich sämtliche Schneidemühlener vormittags 10 Uhr bei Anton Gotowicz, Seidenstraße 17, zwecks Gründung des Landeshauptvereins. 1909/10* Der Einberufer.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

Touren

zum Sonntag, den 1. August.

1. Abt. 5 Uhr: Sudow (Markt Schweiz). 1 Uhr: Straußberg. Start: Kälowstr. 58.
 2. Abt. 5 Uhr: Chorin. 1 Uhr: Bernau (Elysum). Start: Fontane-Promenade 18.
 3. Abt. 6 Uhr: Wandlitz-Viepmühle. 12 Uhr: Bernau (Baldkatz). Start: Mariannenplatz.
 4. Abt. 7 Uhr: Hohenfinde (Gutenberg). 1 1/2 Uhr: Friedrichshagen (Verke). Start: Köstener Platz.
 5. Abt. 8 Uhr: Röhrenberg. 1 Uhr: Miersdorf (Vier). Start: Elysum.
 6. Abt. 8 1/2 Uhr: Leupitz. 12 Uhr: Miersdorf (Wühle). Start: Oberberger Straße 28.
 7. Abt. 6 Uhr: Streckfähr durch den Norden. Ziel: Waldmannslust (Schweizerhaus). 1 Uhr: Familien-tour. Waldmannslust.
 8. Abt. 6 Uhr: Lindow. 1 1/2 Uhr: Mühlendamm (Schneider). Start: Waldstr. 8.
 9. Abt. 12 Uhr: Räderdorf. Start: Schillingstr. 15.
 10. Abt. 7 und 1 Uhr: Kiefern (Dräger). Schmitzplatz. Start: Webersstraße 6.
- Montag, den 2. August: Fahrwartung. 11/10

Fahrrad-Haus „Frisch auf“,
Walter Wittig & Co.,
Hauptgesch.: Berlin N. 31, Brunnensstr. 35
Nikola: Kottbuser Str. 9,
empfehlen „Frisch auf“-Fahrräder
owie sämtl. Radfahrer-Bedarfsartikel.
Reparatur-Überstatt mit elek-
trischem Kraftbetrieb. 100/3*

Berliner Uik-Trilo.
Felix Schoner Stralsunderstr. 1

TYPOGRAPHIA

Wegen Mitwirkung bei dem zu Ehren des Vorsitzenden der amerikanischen Gewerkschaften, Mr. Gompers, stattfindenden Begrüßungsabend am

Freitag, den 30. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 4, 61/5*

kann der Verein an der Übungsstunde des Arbeiter-Sängerbundes in der Brauerei Friedrichshain nicht teilnehmen. Statt dessen werden die Sänger ersucht, sich recht zahlreich und pünktlich zu der oben angegebenen Feier einzufinden zu wollen. Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Verband der Isolierer u. Steinholzleger Deutschl. Ortsverein Berlin. Abteilung II.

Steinholzleger! Mitglieder-Versammlung.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Freiheit, Dragonerstr. 15: Tages-Ordnung: Bericht von den Verhandlungen mit den Fabrikanten unserer Berufsart. Es ist Ehrensache eines jeden Mitgliedes, dort zu erscheinen. Der Vorstand. J. u. H. Lange.

Tischler-Verein E. H. No. 89. Versammlung

Um regen Besuch bitten [190/3] Der Vorstand.

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend.

(Eingeschriebene Hilfskasse No. 118. — Bureau: C. 54, Steinstraße 38.) Sonntag, den 8. August 1909, vormittags 10 Uhr, bei Wilsch, Brunnensstr. 188:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassierers vom 1. Halbjahr 1909 und Bericht der Revisoren. 2. Bericht vom Allgemeinen und Hilfsstellenkongress. 3. Wahl sämtlicher Hilfsstellen. 4. Innere Kassenangelegenheiten. Der Vorstand. J. u. H. Heinrich Matzka.

Gesundheit ist Reichtum!
Bade Berlin-Ost im
„Bad Frankfurt“
Große Frankfurter Str. 136.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen ge-
öffneten Sonder-Abteilungen für Damen
466L und Herren.
2 Wannenbäder mit je 2 Hand-
tüchern 75 Pf. (40 Minuten Badeszeit.)
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum, in nächster Nähe des Schillerparks und des Schäfersee vorzüglich gelegene, billige 3- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Brienzer Straße, Kästli-Straße, Holländer- und Thuner Straße.

Kleine Anzeigen

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wörterbücher erhalten 5 Prozent Extrabat selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Dramenstr. 160, Dramenplatz 21535*

Teppiche, (architektonische, sportbillig.)
Schillerlaid, großer Kasten unter Preis.
Garbinnen, Stores, Muster-exemplare, für halben Wert.
Schlafdecken, ein Kasten, für halben Wert.
Stoppdecken, Musterstücke, sportbillig.
Barwickel, beachtet vorstehende 6 Anzeigen.
Kaffee-Ausgaben, Goethe, Heine, Keuter, Schiller, Shakespears, je vier Bände 6.— Mark. Giedendorff, Paulstr. je zwei Bände 3.50 Mark. Bürger, Kleist, Renan, Myland, Wieland und andere, je ein Band 1.75 Mark. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.
Vorjährige hochlegante Anzüge und Paletots, aus feinsten Stoffen, früherer Preis 60.— 90.—, jetzt 30.— 40.—, werden täglich im Cavalier-Klub, Unter den Linden 61 II verkauft.
Reichgehaltige Portieren, Plüsch 5.85 und 6.75, in Blau 8.75 und 10.50, ganze Dekoration. Sommer-Räumungspreis. Teppichhaus Emil Lehmann, Dramenstr. 168. 21428*

Schwarzschne Herrenanzüge, Herrenpaletots, Herrenhosen aus feinsten Stoffen, sportbillig, verkauft im Deutschen Verbandshaus Lagerstraße 63, I Treppe. 21778

Teppiche (architektonische), Stoppdecken, Garbinnen, Tischdecken, Kissen, Bettdecken, Uebergarbinen, Sofa-kofferte, sportbillig. Kaffeehaus Paul Lehmann, Dramenstr. 168. 21428*

Garbinnenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Hurengang. 16138*

Verantwortl. Redakteur: Wilhelm Bülow, Lichtenberg. Für den

Bücher des deutschen Hauses. Eine Sammlung guter Erzählungen, Geschichten, Novellen usw. Gut ausgestattet, circa 300 Seiten umfassend, zum Teil illustriert und gebunden. 50 Bände pro Band. Expedition, Lindenstraße 69, Laden.

Monatsanzüge und Sommerpaletots, von 5 Mark sowie Hosen von 1.50, Gehrockanzüge von 12.00, Frack von 2.50, sowie für korpusante Figuren. Neue Garderobe zu kaum mehr billigen Preisen, aus Handarbeiten verarbeitete Sachen laufen von am billigsten bei Kalk, Pulaskistraße 14.

Hermaunplatz 6. Stimmend billige Wänderverläufe! Bettdeckenverläufe! Kleiderverläufe! Taschenverläufe! Freischwinger! Gardinenverläufe! Tischdecken! Stoppdecken! Extrabillige Sommerpaletots! Ledertanzanzüge! Gehrockanzüge! Herrenhosen! Feder-manns Warenverkauf, ebenfalls Sonntag. 1047

Billige Herrenmode. Hochlegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 7.— 15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 7085*

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen 20.— 40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 7095*

Taschenbuch für Gartenfreunde. Ein Ratgeber für die Pflege und sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen Bier-, Gemüses- und Obst-gartens von Max Hebborn. Mit 109 Abbildungen. Preis 2.50 Mark. Expedition Vorwärts, Lindenstr. 69.

Monatsanzüge, Sommerpaletots, Gehrockanzüge, Herrenhosen aus feinsten Stoffen, sportbillig. Rosen-thalerstraße 48, II. 7233*

Damenhosen mit gestickter Bälse 1.20, Herrenhosen 1.15, Ausstattung sowie Normalgröße und Arbeiterhosen sportbillig. Wäsche-fabrik Salomonshof, Dirschelstraße 21, Alexanderplatz. 220/16

Vorjährige Herrenanzüge, neu, verschiedene Figuren, nach Maß be-stellt, nicht abgeholt, verkaufte Hälfte Restpreis. Grenzauerstraße 23 II, Alexanderplatz, Schneider. 85/18

Teppiche! (feinere) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Hofstr. 4, Bahnhofs Börse. (Reiser des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt.) 264/11*

Geschäftsverkäufe.
Restaurant im nahen Vorort, großer Saal mit Bühne, öffentlicher Tanz, großer schattiger Garten mit Sommerküche, Kaffeehaus, Steh-bier-haus, Angelbootstände, großer Im-biss, viele 2400 Mark, frankreichs-wegen für den Preis von 5500 Mark zu verkaufen. Köhler 29, Behren-mann, Stralauerstraße 29. 7125*

Restoration, große Zukunft, er-forderlich 400 Mark, Reinickendorf-Ost, Winterstraße 17. 7132*

Möbel.
Billiger als im Möbelgeschäft! Im Aufbewahrungsspeicher kommen billige Wohnungsanrichtungen, auch einzelne Möbelstücke zu äußerst billigen Preisen zum Verkauf! Bitte auf 26 Lothringersstraße zu achten, da in der Nähe mehrere Möbel-geschäfte wohnen! Nur Hof im Speicher, kein Laden! Lothringersstraße 26. *

Kostlos billiger Verkauf! Billiger wie im Möbelgeschäft! In meinem Aufbewahrungsspeicher Lothringers-trasse 26 kommen jetzt mehrere gute, gebrauchte, zum Teil noch ganz neue Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Fremdenzimmer, ein-zelne Umbaus, Daisets, Schreibtische, Ledertische, Büchertische, Wandstühle, Garnituren, Teppiche, Stoppdecken, Schlafzettel, Bettstellen, Vertikos, moderne Küchen, bis 50 Prozent billiger zum schnellen Verkauf! Auf-behaltung und Transport frei! Bitte auf 26 Lothringersstraße zu achten, da mehrere Möbelhändler in der Nachbarschaft wohnen! Nur Hof im Speicher. 656b*

Guterhaltene eiserne große Kinderbett (weil mit Metallgittern), mit Matratze, verkauft G. Ewenzki, Schönberg, Sedanstraße 67 III.

Antikloberer von Frau Rosaly Schloßmeier, Ruchstraße 8, III.
Barmanwall Beisel, Wilmers-trasse 94a. 25538*

Vern die Muttersprache beherrschenden Erfolgreichen, leicht lesbaren Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewisshafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-richtsstunde wöchentlich genügt Ge-fällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Teilnehmer an einem englischen Hotel (monatlich 4 Mark) werden ge-sucht. Preisabfinden für Anfänger und Fortgeschrittene werden erteilt. G. Ewenzki, Schönberg, Sedan-strasse 67, III. 10038*

Vermietungen.
Umzugsvergütung, Laden, außer-dem 2- und 1-Zimmerwohnung, billig, Rixdorf, Weigand-Ufer 10. 22748*

Zimmer.
Wohlfühler Schlafzimmer vermietet Frau Weiser, Schindstraße 11. 85/17

Schlafstellen.
Schlafstelle, Herr. Witwe Vater, Admiralsstraße 24, vorn I. 7156
Schlafstelle, bessere, Pallasden-strasse 6, Witwe Raab. 7126
Schlafstelle, bessere, für Damen, Büchlingstraße 15, Hof rechts II.
Freundliche Schlafstelle, Bad, Herrn, 13.00 inklusive, Gaudystr. 40, vorn III links. 7175
Wohlfühler Schlafstelle für Herrn, Bonjo, Mariannestr. 15, vorn III.
Wohlfühler Schlafstelle Schilling-strasse 41 III, Kroschmann. 7126
Wohlfühler Schlafstelle, 2 Herren, Hurengang, Reichensbergerstraße 142, Hof I, Reifer. 7116

Mietsgesuche.
Wohlfühler Stübchen, allein, leicht sofort Mäddchen, Edothen, Offerten „St.“, Expedition, Kaufplatz. 7116

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Wohlfühler Stübchen, tüchtiger, gelüft., Zigarettenfabrik Salomon, Linden-strasse 47. 7245
Goldbleibgrundriever verlangt Orphan, Wollschneckenstraße 61. 7255
Barbier, feinsten, Perücken-macher-Zehring stellt ein, Weichel, Doppel-Allee 9. 7175
Christophorus verlangt Basel, Weihensee, Kältestraße 22. 7144

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung! Holzarbeiter
Wegen Streik und Differenzen sind geblieben:
für Tischler, Polierer und Ma-schinenarbeiter
Fräulein Schender, Blumenstraße.
Herrn Staats, Oberbaumstr. 5.
Sämtliche Betriebe in den Orten
Nathenow, Fürstenwalde, Müs-tau, Segeberg (Polstein) und
Magdeburg.
Gleichzeitig ersuchen wir die
Kollegen aller Branchen der Holz-
industrie das Vermittlungsbureau
Gildenhofstr. 30 streng zu meiden.
Für Einleger:
die Bauten Lenbachstr. 16, Kor-neliusstraße 30 in Landwirth
und Wundscheldstraße 6 und 8
in Charlottenburg.
Für Stellmacher:
Berliner Motorwagenfabrik in
Reinickendorf.
Die Ortsverwaltung.

Partei-Angelegenheiten.

Wahlrunde. Sonnabend, den 31. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet in dem Lokale von Rudolf Peter die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vorstandsbericht. 2. Klassenbericht. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Bericht über die kombinierte Vorstandssitzung. 5. Verschiedenes.

Wahlkreis (Dübahn). Der Sozialdemokratische Wahlverein (Bezirk Wahlkreis) hält am Sonnabend, den 31. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Heidelweg“, Köpenicker Allee, seine Mitgliederversammlung ab. In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder notwendig.

Jessen. Sonntag früh 8 Uhr vom Lokale des Genossen P. Kurzner aus Flugblattverteilung. Die Parteigenossen werden aufgefordert, pünktlich dazu zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Mißbrauch der Arbeitslosen.

In welcher Weise oft die Arbeitslosen gemißbraucht werden, davon könnte man alle Tage erzählen; schildern wir heute eine besondere Seite dieser Ausnutzung.

Der Arbeitslose verfolgt natürlich mit großem Interesse den Arbeitsmarkt der Zeitungen. Da fällt ihm dann gleich zu Anfang auf, daß — wenn auch sonst keine Stellenangebote vorliegen — doch in der Versicherungsbranche anscheinend immer zu tun ist. In jeder Nummer suchen mehrere „alte angesehene Gesellschaften“ Subdirektoren, Inspektoren, Reisevertreter oder schlechtweg Agenten „der höchsten Bezüge“.

„Branchenkennntnis nicht erforderlich“. „Für energische, arbeitsfreudige Kraft hochdotierte Lebensstellung“. Und was noch sonst alles in den Anzeigen zum Locköder gemacht wird. Der Arbeitslose steht in der ersten Zeit solchen Angeboten mit einem gewissen Mißtrauen gegenüber. Er weiß, wie der Volksmund oft despektierlich über die Versicherungstätigkeit spricht. Aber mit der fortschreitenden Arbeitslosigkeit, mit der Verminderung seiner Mittel über gerade die ständig sich wiederholenden Versicherungsinserate eine sozusagen magische Wirkung aus. Etwas Suggestives liegt in ihnen, und der Arbeitslose, dem sich gar keine andere Existenz bieten will, fragt sich schließlich, ob er nicht doch einmal auf so ein lockendes Inserat schreiben soll? — Vielleicht! — Wer kann es wissen? — Und er überlegt sich schon im voraus, ob er nicht den einen oder anderen Bekannten hat, dem er als Anfang eine Versicherung aufreden kann — und dann müßte sich das andere ja finden! Er entdeckt also — müde gemacht durch den Druck der Verhältnisse und unter der Einwirkung der betreffenden Inserate in sich das Talent zum Versicherungsagenten und malt sich — je nach dem Grade seiner Einbildungskraft — gegenüber seiner trostlosen Lage Zukunftshoffnungen von mehr oder minder hellem Glanze aus.

Diesen psychologischen Effekt hervorzurufen bezwecken nun die Inserate und damit haben sie ihre Aufgabe erfüllt. Der Arbeitslose schreibt! Und zwar sucht er sich das Angebot aus, das ihm die größten Versprechungen macht; er weiß ja nicht, daß alles im Grunde auf ein und dasselbe hinausläuft. Er will z. B. sich der Gesellschaft weihen, die gegen Fixum, Spesenzuschuß und hohe Provision Reisevertreter sucht. Fixum, Spesen und Provision! Drei Einnahmestellen auf einmal! Welch berückende Aussicht angesichts des fast erschöpften Geldbeutels!

Also der Arbeitslose schreibt und bittet um nähere Auskunft. Kostwendend erhält er Bescheid. Zumeist ein gedrucktes Rundschreiben in Schreibmaschinenschrift. Darin wird ihm auseinandergesetzt, daß man gern bereit sei, mit ihm „in Geschäftsverbindung“ zu treten, er möge nur entscheiden, ob er nur als Agent mit höchsten Provisionsätzen arbeiten wolle, oder als Reisevertreter gegen Fixum, Spesen und hohe Provision. Natürlich wählt unser Freund das letztere und schreibt dementsprechend. Und wieder erhält er postwendend Antwort.

Nachdem er die erste Seite des wieder gedruckten Rundschreibens gelesen hat, fühlt er sich vielleicht veranlaßt, einen Freuden sprung zu machen. Er darf sich als engagiert betrachten. Und zwar gewährt ihm die fulante Gesellschaft ein Gehalt von mindestens 200 M., sagen wir mal 12 M. tägliche Reisepfesen und außerdem noch näher zu bestimmende Provision. In der Freude seines Herzens beachtet er nicht groß, daß die Zahlung der betreffenden Summen von einer bestimmten Gegenleistung abhängig gemacht wird, sagt doch das Rundschreiben selbst, daß es bei einigermaßen Rührigkeit ein Leichtes sei, die verlangte Höhe der Versicherungen zu erreichen. Er wird's schon erreichen, wenn er nur erst den Spesenzuschuß in Händen hat, damit er zu arbeiten anfangen kann. Aber was ist das? Ganz am Schlusse des sehr ausführlichen und sehr höflichen Rundschreibens heißt es mit einemmal etwa wie folgt:

„Die außerordentlich hohen Bezüge, die die Gesellschaft gewährt, machen natürlich (!) eine Probezeit notwendig. Wir sind aber auch in dieser Beziehung sehr entgegenkommend, gewähren Ihnen höchste Provisionen und verlangen den Abschluß von nur (!) 10 Versicherungen nach Ihrer Wahl.“ — Die Versicherungen müssen eine bestimmte Polizeihöhe erreichen, sie müssen durchaus einwandfrei sein, d. h. es muß abgewartet werden, ob die Versicherten auch prompt ihren Verpflichtungen nachkommen und noch manches mehr, dann — ja dann steht dem endgültigen Engagement nichts mehr im Wege.

Der „Engagierte“ fällt aus den Wolken. Also war das Inserat Schwindel. Von Probezeit stand keine Silbe darin. Er würde sich auch gehütet haben, sonst zu schreiben.

Aber was nun? Das richtet sich nach dem Temperament des Betroffenen. Ist er melancholisch, dann gibt er die Sache dran und bekümmert sich nicht weiter drum, ist er cholertisch, dann zertritt er wohl gar die Schriftstücke und steckt sie ins Feuer, während wegen des vergehenden Wortes, der Zeit und der vergeblichen Hoffnungen, ist er phlegmatisch, dann überlegt er sich die Sache noch einmal und läßt sie nur vorläufig ruhen, ist er dagegen sanguinisch — und das sind die meisten — dann wird er doch an die Arbeit gehen, in der Hoffnung, das verlangte Pensum zusammenzubringen, um dann die verlockende Anstellung zu erlangen. Vielleicht hat er schon hier und da sondiert und den einen oder anderen gefunden, dem er eine Versicherung „anhängen“ kann. Jedenfalls geht's ans Werk, nochmals aufgemuntert durch ein erneutes Schreiben

der Gesellschaft oder einen Besuch des örtlichen „Generalvertreter“.

Ehe er beginnt, macht er oft noch das letzte seiner Sabe zu Geld. Er muß doch äußerlich repräsentieren, hat auch ständig Ausgaben. Und nun los!

Viele dieser neugeborenen Versicherungsreisenden sind mit ihrem Rute der Verzweiflung förmliche Landplagen für ihre Bekanntheit. Und so mancher Bekannte geht bei ihnen, nur um sie los zu werden, eine höchst überflüssige Versicherung ein. So ein kleiner Erfolg hat natürlich auch seine Schattenseiten. Alte Freundschaften gehen entzwei, viele Unannehmlichkeiten entstehen und wenn dann alles draus und dran kommt, gelingt es doch nicht, das verlangte Pensum zu erreichen, und wenn es gar mit Sägen und Würgen erreicht wird, findet die Gesellschaft genug Ausflüchte, durch die sie die Verweigerung der versprochenen festen Anstellung begründen kann.

Der Agent steht also am Ende einer zwar nicht langen, aber mühevollen und an unangenehmen Auftritten reichen Laufbahn schlechter da als zuvor. Er hat nichts erreicht, aber zumeist manchen Freund verloren, manche Stütze berichtigt. Doch halt! Er hat doch die „höchsten“ Provisionen ausgezahlt bekommen. Allerdings. Nur stehen diese zumeist nicht entfernt im Verhältnis zu den gemachten Aufwendungen und vor allem nicht dem den Gesellschaften errungenen Vorteil. Dabei zu beachten ist, daß der Agent alles Risiko zu tragen hatte, die Gesellschaft nichts. Nehmen wir einmal an, der Agent habe in achtwöchiger mühseliger Tätigkeit nur einen Abschluß zustande gebracht, dann bedeutet schon das für die Gesellschaft einen erheblichen Gewinn. Sie zieht ja von dem neuen Versicherungsnehmer 20, 30 Jahre, noch länger die Polizen ein, während der Agent mit der einmaligen Provision abgefunden wird, und wenn er nichts mehr bringt, gehen darf. Ist mehr als ein Abschluß gegliückt, um so besser für die Gesellschaft und den dazwischen ja mitverdienenden Generalagenten. Sie haben die Versicherungen ja für ständig fest. Den „Agenten“ mögen, wenn er nichts mehr bringen kann, die Hunde beißen. Er war ja nur das Mittel zum Zweck und da er jahraus, jahrein hundert, tausende Leidensgenossen findet, so möge man ermaßen, welche ungeheuren Verdienste die Versicherungsgesellschaften, d. h. die Direktoren, Aktionäre, Aufsichtsräte, Generalagenten, aus diesem planmäßigen Mißbrauch der Arbeitslosen ziehen. Wie würden die Herren aber entrüstet aufstehen, wollte man ihnen vorhalten, daß sie ihren Profit einer eminent unmoralischen Handlungsweise verdanken, daß an dem daraus gewonnenen Mammon die Bewünschungen von Tausenden betroffenen, ausgelegener und beiseite geworfener Arbeitsloser fließen. Vielleicht haben sie aber für Gefühlswallungen überhaupt kein Verständnis und belächeln nur mitleidig die Torheit derer, die nicht alle werden und freuen sich ihrer eigenen Schläue, ihrer psychologischen Gerissenheit, dem Hauptfaktor ihrer Erfolge. Es bedarf wohl zum Schluß keiner Frage, daß Versicherungsabschlüsse auch auf andere einwandfreiere Weise erzielt werden, das ändert aber nichts an dem Urteil über den Mißbrauch der Arbeitslosen, der leider wohl erst mit dem System der nach kapitalistischen Grundsätzen geleiteten Versicherungsgesellschaften verschwinden wird.

Fürsten als Amateur-Photographen und Aussteller.

Es ist gewiß nichts Besonderes, wenn sich in einer Zeit, wo die Amateur-Photographie eine so weite Verbreitung gefunden hat, wie es gegenwärtig der Fall ist, auch Mitglieder fürstlicher Familien, ja sogar gekrönte Häupter mit der Handhabung der photographischen Kamera betätigen. Aber bezeichnend ist es für die widerliche byzantinische Stimmung unserer Zeit, daß Leute, welche in der photographierenden Welt ein gewichtiges Wort mitreden, diesen neuen Sport „hoher Herrschaften“ mit bewundernder Verehrung betrachten, nicht etwa weil es sich um hervorragende Leistungen handelt, sondern lediglich deshalb, weil es „hohe Herrschaften“ sind, welche sich photographisch betätigen.

Gegenwärtig wird in Dresden eine internationale photographische Ausstellung abgehalten. Sie hat neben vielen anderen auch eine Abteilung für Amateur-Photographie. Sinn und Zweck dieses Teils der Ausstellung kann natürlich nur sein, zu zeigen, was in Amateurreisen geleistet wird an guten Arbeiten, die lediglich auf Bildwirkung hinstreben und in denen, soweit es die Technik gestattet, künstlerischer Geschmack und künstlerische Empfindung zum Ausdruck kommt. Nicht, wer sich als Amateur-Photograph betätigt, sondern was vom Amateur-Photographen geleistet wird, soll gezeigt werden. Das ist auch — wie die Ausstellung zeigt — in der Tat der Grundgedanke ihrer Veranstalter und Leiter. Nur mit den „hohen Herrschaften“ wird eine Ausnahme gemacht. Deren Arbeiten rangieren nicht in Reihe und Glied mit den Arbeiten der übrigen Aussteller. Wie im sozialen und politischen Leben, so wird auch den Fürstlichkeiten in der Ausstellung ein besonderer Platz eingeräumt. In eigenen, besser als alle anderen ausgestatteten Zimmern sind die photographischen Arbeiten der „hohen Herrschaften“ ausgestellt, wo sie von byzantinischen Gemütern mit ehrfurchtsvollem Staunen betrachtet werden.

Dem unbefangenen Betrachter bleibt es überlassen, sich seine eigenen Gedanken über die Sonderstellung zu machen, welche den Fürstlichkeiten hier eingeräumt worden ist. Ohne Zweifel war es Respekt vor dem hohen Range der Aussteller — der König von Sachsen und andere Mitglieder seines Hauses, sowie der Kronprinz und die Kronprinzessin des Deutschen Reiches sind unter ihnen — was die Leitung der Ausstellung zur Einrichtung der Fürstenzimmer veranlaßt hat. In diesen Räumen ist ein Vergleich der fürstlichen Ausstellungsprodukte mit den Arbeiten anderer Aussteller, der sehr zuungunsten der „hohen Herrschaften“ ausfallen würde, nicht jedem möglich. Würden die Erzeugnisse fürstlicher Amateur-Photographie unmittelbar neben den Arbeiten der anderen Aussteller hängen, dann würde mancher, der jetzt bewundernd in den Fürstenzimmern weilt, die Frage stellen: Wie kommt denn Saul unter die Propheten? Und diese Frage wäre berechtigt, denn was die „hohen Herrschaften“ ausstellen, das sind fast ausnahmslos so nichtssagende inhaltlose Alltäglichkeiten, die von der Aufnahmegeräte sicher zurückgewiesen worden wären, wenn die Aussteller nicht eben „hohe Herrschaften“ wären. Doch, der Byzantinismus treibt in den großen einflussreichen Amateur-Photographenvereinen, welche die Ausstellung arrangiert haben, seine nicht angenehme duftenden Blüten.

Um den Wert fürstlicher photographischer Arbeiten recht würdigen zu können, muß man wissen, wie solche Arbeiten zustande kommen. Eine Notiz der „Photographischen Mitteilungen“ gibt darüber Aufschluß. Nach einer Bewunderung des Interesses, welches die Kaiserin der Photographie entgegenbringt, schreibt Schulz-Gendke, der Direktor der photographischen Lehranstalt des Berliner Letzvereins:

„Vor zehn Tagen erbat Ihre Majestät wiederum, wie im vergangenen Jahre, die persönliche Hilfe der stellvertretenden Direktorin der Anstalt, Fräulein Kundt, bei Ihren Aufnahmen in der Umgebung des Neuen Palais. Innerhalb einiger Wo-

mittagsstunden nahm Ihre Majestät 23 Aufnahmen vor. Diese wurden noch am selben Tage in der Lehranstalt entwickelt, und schon am folgenden Tage durfte Fräulein Kundt auf ausdrücklichen Wunsch Ihrer Majestät die fertigen Platten persönlich abgeben. Ihre Majestät sprach sich über das erzielte Resultat äußerst lobend aus und ließ Fräulein Kundt als Dank für die geleistete Hilfe eine Broschüre mit Allerhöchst Ihrem Namenszuge überreichen.“

Man darf wohl annehmen, daß alle „hohen Herrschaften“ nach dieser vom Direktor Schulz-Gendke im besten Hofsinn geübten Methode „arbeiten“. Wenn es einer fürstlichen Persönlichkeit einfällt, einige Ruhestunden mit photographischen Aufnahmen auszufüllen, dann wird ein tüchtiger Fachmann zur Hilfeleistung beordert, einige Dutzend Aufnahmen werden in kurzer Zeit gemacht — eine Massenproduktion, die selbst von den inipuitigsten Amateuren kaum erreicht werden dürfte — der Fachmann besorgt mit allen Hilfsmitteln seiner Technik die Fertigstellung der Bilder, eine Auswahl davon erscheint schließlich in den Fürstenzimmern photographischer Ausstellungen und findet trotz der Alltäglichkeit der dargestellten Motive devote Bewunderer.

Julischnee. Eine ungewöhnliche Liebertatschung bot sich am gestrigen Donnerstagmorgen den Frühaußensehern in Berlin. Die Temperatur war in der Nacht schnell gefallen und bis gestern morgen um 1/4 Uhr auf 7 Grad gesunken. Um diese Zeit setzte dann plötzlich ein heftiges Schneegestöber ein. Es fielen große, schwere Flocken, die allerdings auf dem Großstadtpflaster augenblicklich zergingen. Das merkwürdige Schauspiel dauerte etwa zwei Minuten. Auch aus den Vororten wird ein ziemlich kräftiges Schneegestöber gemeldet. Auf den Feldern soll der Schnee sogar bis zu zehn Minuten lang liegen geblieben sein.

Mit dem Umwelter der verfloffenen Nacht war auch ein ziemlich stürmischer Wind verbunden, der sich zeitweise zu einem förmlichen Sturm ausbildete und in den Baumstämmen erheblichen Schaden verursachte. In den Waldungen wurden vielfach Bäume geknickt und die Anlagen waren heute früh mit Zweigen dicht besät. Besonders haben die Obstbäume gelitten, von denen die unreifen Früchte zum größten Teile heruntergerissen wurden.

Eine ausgedehnte Störung des Straßenbahnbetriebes zwischen Berlin und Charlottenburg wurde gestern früh durch den Sturm herbeigeführt. Auf der Charlottenburger Chaussee in der Nähe des Brandenburger Tor's war in der Nacht eine Eiche umgerissen worden, die auf die Stromleitung der Straßenbahn fiel und die Drähte zerstörte. Bis zur Beseitigung des Hindernisses und Wiederherstellung der Leitung mußten die durch die Charlottenburger Chaussee fahrenden Straßenbahnwagen der Linien 50, N., U., T., S., O. teils über den Potsdamer Platz, teils über den Königsplatz und Rosbit nach dem Großen Stern geleitet werden. Die Störung dauerte von Betriebsbeginn bis 8 Uhr morgens.

Im Zug erschossen. Ein aufregender Vorgang hat sich in der vergangenen Nacht in einem Vorortzug abgepielt. Der in der Bergstr. 48 wohnhafte 68 Jahre alte Töpfer Paul Greiner hatte seit mehreren Wochen vergeblich versucht, Beschäftigung zu erhalten. Gestern fuhr er nach Dranienburg hinaus, weil er glaubte, dort endlich wieder Arbeit zu erhalten. Aber auch diesmal waren seine Bemühungen nutzlos. Von dem letzten Gelde kaufte sich der Verzweifelte jetzt einen Revolver. Zwischen den Stationen Panow und Gesundbrunnen jagte sich dann der Lebensmüde vor den Augen der anderen Fahrgäste eine Kugel in die Schläfe. Sterbend wurde G. auf der Station Gesundbrunnen aus dem Zug herausgeholt und nach dem Siechen-Krankenhaus gebracht.

Der Planet Mars ist jetzt abendlich von etwa 11 1/2 Uhr ab am südöstlichen Himmel als intensiv rotleuchtender Stern aufzufinden. Am Sonntag, den 1. August, nachmittags 5 Uhr, wird in der Treppe-Sternwarte Direktor Dr. F. S. Bräunhold im Hinblick auf die im September bevorstehende Erdnähe dieses interessanten Planeten einen Vortrag über das Thema: „Alles und Neues vom Mars“ halten. Abends 7 Uhr findet an demselben Tage ein Vortrag statt über: „Ein Tag auf dem Monde“, und am Montag, den 2. August, abends 9 Uhr, über: „Unser Wissen vom Monde“. Im Anschluß an diese Vorträge, welche durchaus leicht verständlich sind und durch zahlreiche Lichtbilder erläutert werden, haben die Besucher Gelegenheit, im großen Fernrohr den Mond oder andere Himmelsobjekte zu beobachten, während tagsüber die Sonne gezeigt wird. Auf der Sonne sind seit einigen Tagen sehr große Sonnensflecken sichtbar, wie sie in derartig ungeheurer Ausdehnung selten auftreten. — Außerdem stehen den Besuchern kleinere Fernrohre zur Auffindung beliebiger Objekte zur Verfügung.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 9. d. M. wurde auf der Eisenbahnstrecke Berlin-Rottbus bei der Station Eichow ein unbekannter Mann vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet. Er ist etwa 60 Jahre alt, unterseht und hat stark meliertes Kopfhaar und Bart. Bekleidet war er mit dunklem Jackett und Weste, grauer Arbeitskappe, blaue gestreifter wollener Hemd, graubrauner Kappmütze und Halbstiefeln. Mitteilungen über die Persönlichkeit des Toten nimmt jedes Polizeirevier und die Kriminalpolizei. Zimmer 321 des Polizeipräsidiums, zu 3520 IV. 3. 09 mündlich oder schriftlich entgegen.

Der Arbeiter-Athletenbund Deutschlands (Ortsgruppe Berlin) veranstaltet am Sonntag, den 1. 8. und 15. August, im Garten des Konzerthaus Sanssouci, Rottbusser Straße 6, einen Wettkampf im Heben und Ringen in je 4 Klassen. Anfang vormittags 10 Uhr.

Feuerwehrrichtungen. Eine geradezu unglaubliche vorläufige Brandstiftung beschäftigte gestern früh den 11. Zug in der Comphausenstr. 32, Ecke der Urbanstraße. Dort bemerkten Straßenspatzen früh um 1/2 Uhr aus der Destillation von A. verdächtige Rauch dringen und alarmierten die Feuerwehr. Als diese erschien und in die Restauration eintraug, brannte u. a. der Schantisch im Vorderzimmer. Als dann Brandmeister v. Vorch nach der Ursache des Brandes forschen ließ wurden vier weitere Brandherde im angrenzenden Billardzimmer, der Küche und dem Korridor entdeckt sowie schließlich noch einer auf dem Gängeboden. Nur dem Umstande, daß die Räume fest verschlossen waren, wodurch der Rauch nicht abziehen konnte und die Flammen sich nicht entwickeln konnten, ist es zuzuschreiben, daß der gefährliche Brand im Keime erstickt werden konnte. Die sofort benachrichtigte Kriminalpolizei hat den Inhaber der Destillation verhaftet. Die 2. Kompanie hatte gestern früh um 3 Uhr in der Straußstraße 14 zu tun, wo in einer Tischlerei Hobelbänke, der Fußboden u. a. in Flammen standen, so daß kräftig gelöscht werden mußte. Die Ermittlungen über die Entstehung dieses Brandes sind noch nicht abgeschlossen. In der Widderstraße 4 brannten Kleider, Stoffe usw. in einer Schneiderwerkstatt. Balken, Schaldecken usw. standen in der Holzmarktstraße 36 in Flammen. Grober Unfug lag einer Feuermeldung aus der Kästener Straße 15 zugrunde. Aus der Zimmerstraße 74 wurde ein Wohnungsbrand gemeldet. Rotlunstraße 16 brannten Gardinen u. a.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

In Schönheit sterben. Aus Liebesgram um 11 Uhr Tod gegangen ist die Telephonistin A. Sie war auf dem Hauptpostamt Schöneberg als Telephonistin tätig und wohnte in der Martin-Lutherstraße, wo sie ein möbliertes Zimmer inne hatte. Ihre Wirtin, die Einkäufe besorgte, bemerkte bei ihrem Eintritt in die Wohnung einen inten-

flben Gasgeruch. Nach näherer Untersuchung stellte sie fest, daß der Geruch aus dem Zimmer ihrer Mieterin kam. Sofort das Zimmer öffnend, fand sie die Telefonistin M. auf ihrem Bett ruhend ohne irgendwelche Lebenszeichen. Das Bett war ganz mit Blumen ausgefüllt. Wiederbelebungsbemühungen, die angestellt wurden, blieben ohne Erfolg. Das Motiv des Selbstmordes soll in unglücklicher Liebe zu suchen sein. Unter ähnlichen Umständen unternahm vor einigen Jahren eine in der Koburger Straße wohnende Telefonistin einen Selbstmord, auch ihre Todesstätte hatte sie vorher mit Blumen ausgefüllt.

Messer, Schere, Licht giebt man kleinen Kindern nicht. Die dreizehnjährige Schülerin Frieda M., wohnhaft Sedanstr. 53, kam mit einem brennenden Streichholz dem Sofa zu nahe, das sofort in Brand geriet. Hausbewohner, die herbeigerufen waren, hatten bereits den Brand gelöscht, so daß die inzwischen eingetroffene Feuerwehr wieder abrücken konnte, nachdem sie sich überzeugt, daß es nichts mehr zu löschen gab. Den Eltern ist jedoch anzuraten, Bündelzähner solchen Standort anzuweisen, wo Kinder nicht hingelangen können.

Zum Abschaltieren der Sehanstraße ist ein Teerofen in Benutzung, der die Ursache eines Brandes war. Der Ofen war mit einer Plane zugedeckt, obwohl das Feuer noch nicht ganz ausgelöscht war. Die glimmenden Kohlen brannten weiter, wurden zur hellen Flamme, die die Plane erfasste, und gleichzeitig geriet auch der Teer in Brand. Einigen Schutzleuten gelang es, den Brand durch Bewerfen mit Sand zu beseitigen. Dadurch war eine weitere Gefahr abgewendet.

Nixdorf.

Nach welchem Prinzip werden die diesjährigen Gemeindevählerlisten aufgestellt?

Bei der verwickelten Rechtslage ist die Frage nur zu bejahen, und wir verstehen es, wenn die Bürgerschaft erwartungsvoll vom Magistrat Antwort erhischt. Dieser jedoch hält sich in beredtes Schweigen. Wir fragen: will der Magistrat das Wert der Wahlrechtsänderung krönen? Die Entwicklung der Dinge gibt zu der schlimmsten Befürchtung Anlaß.

Bis zum Jahre 1907 wurden die Wählerlisten zu den Gemeindevahlen nach dem Prinzip der Drittelung aufgestellt. Als dann nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses die Arbeiter schärfer zur Steuer herangezogen wurden, sah die wohlwollende Magistrat den noch weiseren Beschluß, das Durchschnittsverfahren künftig zur Anwendung zu bringen. Die neue Methode hatte den gewollten Zweck und auch die Wirkung, daß die Steuergrenze der einzelnen Wählerabteilungen zum Nachteil der Arbeiter und des Mittelstandes verschoben wurde, so daß ein großer Teil der Wähler, die bisher in der zweiten Abteilung wählten, in die dritte abgeschoben wurde, wo sie bedeutungslos untergingen. Nur zu bald durchschauten die Sozialdemokraten das Gebaren und erhoben beim Bezirksausschuß Einspruch gegen die Giltigkeit der Wählerlisten; wie bekannt mit dem Erfolge, daß der Bezirksausschuß im Sinne der Beschwerdeführer entschied. Gegen diesen Entscheid legte der Vorsitz der Stadtverordneten Berufung beim Oberverwaltungsgericht ein. Mittlerweile ist nun, wie wir schon mitteilten, von demselben Bezirksausschuß der am 17. Dezember 1908 beschlossene Wahlrechtsraub, der den anderthalbfachen Durchschnitt zur Grundlage hat, bestätigt worden. Bei der reaktionären Zusammenfassung des Magistrats ist als sicher anzunehmen, daß bei Aufstellung der neuen Wählerlisten die Ertragsverhältnisse des Wahlrechtsraubes die Feuertaupe erleben werden.

Die proletarischen Wähler insbesondere müssen ein aufmerksames Auge auf die Maßnahmen des Magistrats haben, wenn die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung gewahrt werden sollen. Für die ganze Situation überaus bezeichnend ist, daß wir trotz größter Aufmerksamkeit im reaktionären Teil des amtlichen „Nixdorfer Tageblattes“ noch keine Mitteilung finden konnten, welche Stellung der Magistrat einzunehmen gedenkt. Allen Anschein nach werden die reaktionären Machtgelüste in aller Stille vorbereitet, um die Wähler wieder zu überraschen. Wir bezweifeln nur, daß dieser saubere Plan gelingen wird.

Von einem Arbeitswagen überfahren und lebensgefährlich verletzt wurde gestern nachmittag der 24jährige Arbeiter F. Jimmel, Vobbe-straße 17 wohnhaft. In der Thomasstraße hatte F. das Fuhrwerk während der Fahrt besteigen wollen. Er kam dabei zu Fall und stürzte unter den Wagen, so daß die Räder des schweren Gefährtes ihm über Brust und Weine hinweggingen. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde der Verunglückte in das städtische Krankenhaus eingeliefert.

Rummelsburg.

Unter den Rädern eines Güterzuges germalmt. Einen schrecklichen Tod fand der Rangierer Herrmann Voos aus Rummelsburg. Er hatte beim Ueberfahren der Gleise wohl nicht das Gerannahen eines nach Berlin fahrenden Güterzuges beobachtet und wurde infolgedessen von der Lokomotive ungerissen in üblicher Weise auf die Schienen geschleudert. Die nachfolgenden Waggons gingen dem Planne über die Wrack hintweg und germalmt sie vollständig. Kurz darauf erlag der Verunglückte den furchtbaren Verletzungen.

Lichtenberg.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Bezirk Lichtenberg beschäftigte sich vorzugsweise mit örtlichen Angelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Genossen in üblicher Weise geehrt. Dem Vorstandsbericht des Genossen Koppenhagen ist folgendes zu entnehmen: Es wurden im vergangenen halben Jahre zur Erledigung der Geschäfte abgehalten: vier engere Sitzungen, zehn mit Abteilungsleitern und vier erweiterte Vorstandssitzungen, außerdem mehrere Mitglieder- und Generalversammlungen. Gegen den neuen Steuerantrag wurde in verschiedenen Versammlungen protestiert. Erwähnt wurde außerdem, daß die Mitgliederzahl nicht zugenommen habe und man werde die Gelegenheit nicht veräumen, zum Herbst in die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder einzutreten. Den Kassenbericht gab Genosse Vinte. Einnahmen von Januar bis Juli 1909 4117,18 M., Ausgaben in derselben Zeit 3039,51 M. Bleibt ein Bestand von 477,67 M. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Juli 1909 2254 Genossen und 226 Genossinnen, also zusammen eine Mitgliederzahl von 2480. In der Diskussion wurde der Vorstand aufgefordert, noch einmal mit dem Gefangenenverein in Verbindung zu treten zwecks Regelung der Kostenfrage für dargebrachte Grabhändchen. Angeregt wurde, sämtlichen Funktionären die „Neue Zeit“ zu liefern, damit die Zahlstunde besser ausgefüllt werden können. Demgegenüber wurde darauf hingewiesen, diese Sache beiseite zu lassen, da die Kostenverhältnisse nicht dazu angetan sind. In jedem Zahlabend wird in den Bezirken ein belehrender Vortrag gehalten, der geeignet ist zur Bildung beizutragen. Eines eingehenden Kritik wurden die Anträge des Bildungsausschusses unterzogen. Der Geldfrage wegen wurde eine Einigung nicht erzielt. Vom Vorstande wurde geltend gemacht, daß man die Bildungsfrage keineswegs unterschätze; aber man könne dem Bildungsausschuß die gewünschten Kompetenzen nicht einräumen. Die Organisation sei vor allen Dingen eine Kampforganisation, und dazu da, die Agitation zu dienen. Einem Jahresbudget könne man nicht zustimmen, da hierzu Verantwortung. Redakteur: Wilhelm Lauen, Lichtenberg. Für den

stimmte Summen erforderlich sind, welche auf so lange Zeit nicht festgelegt werden können.

Es wurde dann auf die Bildungsausschüsse aufmerksam gemacht, die aus Partei und Gewerkschaft zusammengesetzt sind und für die die Kostenfrage geregelt ist. In der Diskussion wurde folgender Antrag eingebracht:

Der bisherige Bildungsausschuß fällt fort. Statt dessen wird für die Schaffung eines Bildungsausschusses für Groß-Berlin in der Verbandsgeneralversammlung eingetreten. An Stelle des Bildungsausschusses die Bibliothekskommission und Vergnügungskomitee zu wählen.

Diesem Antrage wurde zugestimmt.

Friedrichshagen.

Die Gemeindevertretung wählte in der am 27. Juli abgehaltenen Sitzung den Gemeindevorsteher Lange zum Gemeindevorsteher. — Der Bericht der Rechnungsprüfungskommission über die Gemeindefinanzrechnung für das Etatsjahr 1908 ergibt eine Verminderung der Gemeindefinanz von 122 172,98 M., nämlich von 1 898 538,72 M. auf 1 776 365,74 M. Die Verbesserung des Gemeindefinanzbeitrags beträgt 108 122 M. Der Prüfungsausschuß wurde Entlastung erteilt. — Der Antrag des „Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose, insbesondere des Lupus“ um eine Beihilfe der Gemeinde wurde nach näherer Begründung des stellvertretenden Gemeindevorstehers und warmer Befürwortung des Vertreters Sonnenburg angenommen und ein Jahresbeitrag von 50 M. bewilligt. — Die Gesuche des Dürerbundes, Ortsstelle Friedrichshagen, und des Verschönerungsvereins, zur Erzielung künstlerischer Bauten sowie der Beseitigung häßlicher Neuanlagen und der Verunstaltung der Umgebung eine Kommission zu wählen, die aus Mitgliedern der Vertretung, des Dürer-Bundes und des Verschönerungsvereins zusammenzusetzen ist, wurden von der Vertretung zur Kenntnis genommen. In der Debatte wurde zwar allseitig die Tendenz der Gesuche anerkannt, jedoch den Gesuchstellern ausgegeben, die Obliegenheiten und Aufgaben der Kommission eingehend darzulegen. Im Anschluß hieran wurde von den Vertretern Gloede, Sonnenburg, Agnid und Moldenhauer beantragt, die am Nüggelsee gelegenen Gemeindegüter Grundstücke Secstr. 52 und Secstr. 71 zu Schmutzplätzen umzuwandeln und dem Gemeindevorstande aufzugeben, der Vertretung demnächst eine Vorlage in diesem Sinne zu unterbreiten. — Der stellvertretende Gemeindevorsteher teilte der Vertretung mit, daß nunmehr nach langen Bemühungen der Gemeindebehörde sämtliche Anlieger des östlichen Gemeindegeländes (Kaiserstraße, verlängerte Kurze Straße und verlängerte Stahndorfer Straße) der Zusammenlegung ihrer Grundstücke zugestimmt haben, so daß die Anfertigung eines neuen Bebauungsplanes erfolgen kann. — Der Anfertigung eines Planes über die in den Straßen liegenden Gesträucher, Wasserleitungen- und Kanalisationsröhren wird zugestimmt und der Gemeindebaubeamte Ingenieur Baumgarten mit der Anfertigung des Planes beauftragt. — Die durch die unbedingt notwendig gewordenen Reparaturarbeiten in den beiden Gemeindegeländen entstandenen Kosten wurden von der Vertretung nachträglich bewilligt. — Das Gesuch eines Hausbesizers, ihm das durch einen Rohrbruch verloren gegangene Wasser zum Selbstkostenpreis anzurechnen, wurde vorläufig von der Tagesordnung abgesetzt. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, bei Gemeinden mit gleicher Einwohnerzahl, die bereits längere Zeit die Wasserleitung eingerichtet haben, anzufragen, in welcher Weise die Entschädigung für durch unverschuldete Rohrbrüche verloren gegangenes Wasser gehandhabt wird. — Die Vorarbeiten zur Pflanzung des Nollusgartens und der Kastanienallee sollen trotz eingeleiteter Widersprüche verschiedener Anlieger nunmehr ganz energisch betrieben werden. Nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ist die Gemeinde berechtigt, die Anlieger zu den Pflanzkostenbeiträgen heranzuziehen. Der Gemeindevorstand wird daher beauftragt, alles Nötige zu veranlassen, damit in der nächsten Sitzung endgültig Beschluß gefaßt werden kann. — Einem Gesuch des „Verbandes der deutschen gemeinnützigen und unparteiischen Rechtsauskunftsstellen“ um Beitrittsklärung der Gemeinde wird zugestimmt und der Jahresbeitrag auf 5 M. festgesetzt.

Ober-Schönweide.

Gemeindevorsteherwahl. Die von unseren Genossen angelegten Verhandlungen mit der Verwaltung des im Bau begriffenen Elisabethstranthenhauses betreffs Vereinstellung einer gewissen Anzahl Weiten für die Gemeinde haben bisher zu keinem Resultat geführt. Die Verwaltung scheint hierzu anscheinend nicht geneigt zu sein, was allerdings nicht als Entgegenkommen zu bezeichnen ist in Anbetracht der von der Gemeinde für die Zwecke des Kranienhauses gemachten Aufwendungen. In der Angelegenheit des in der vorigen Sitzung zur Sprache gekommenen Gehaltens der Gemeindefeuerverweh der Fabrikwehre des Kabelwerkes Oberspree gegenüber gelegentlich eines Brandes wurden vom Vorsitz der Feststellungen vorgetragen, welche die Sache wesentlich abschwächen. Es gewinnt den Anschein, als ob hier übermäßiger Schneid eine große Rolle spielt. Die an der Errichtung eines Kaufmanns- und Gewerbegerichtes beteiligte Gemeinde Johannisthal weigert sich in letzter Stunde die in dem Entwurf des Ortsrates vorgelebene jährliche Pauschale von 250 Mark für Besoldung des Vorsitzenden und Vereinstellung der Bureaukräfte als anteiligen Kostenbeitrag zu leisten, mit der Begründung der geringen Bedeutung des Gerichtes für den Ort. Es wird allenfalls eine prozentuale Kostenbeteiligung an der Hand der auf den Ort entfallenden verhandelten Sachen zugesprochen. Angesichts der Tatsache, daß durch erneute Verhandlungen die Errichtung zum 1. Oktober 1909 wiederum in Frage gestellt würde und andererseits für die in Johannisthal wohnenden Arbeiter, da sie in der Mehrzahl in hiesigen Werken arbeiten, das Gericht doch zuständig ist, wurde beschloffen, weitere Verhandlungen nicht aufzunehmen und den Geltungsbereich des Gerichtes nur auf Ober- und Nieder-Schönweide auszudehnen. Öffentlich kommt nun diese zur See schlange gewordene Angelegenheit glücklich zu Ende. Die 13 Mitglieder der Einkommensteuererschätzungscommission und ihre Stellvertreter wurden nach der vorliegenden Vorschlagsliste gewählt.

In gleicher Sitzung wurde über die Anstellungsbedingungen des neuwählenden Gemeindevorstehers beraten. Ein Antrag unserer Genossen, die Stelle auszuschreiben, wurde in Anbetracht des sicher zu erwartenden Wahlergebnisses abgelehnt. Die Verhandlungen selbst zeigten, daß man der Dotierung solcher Stellen etwas mehr Interesse entgegenbringt, als wenn es sich um niedere Beamte und Arbeiter handelt.

Eine außerordentlich gutbesuchte Sommerversammlung tagte am Dienstag im „Wilhelminenhof“, in der Genosse Wähler über die Ausarbeitung des Volkes durch die neue Reichsfinanzreform referierte. Redner übte scharfe Kritik an dem gemeingefährlichen Gebaren des Schnapsblass und appellierte an die Versammelten, besonders an die Frauen, Schüler an Schüler mit den Männern zu kämpfen, zu agitieren und organisieren, bis die Reaktion zerschmettert am Boden liegt. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 27. Juli im „Wilhelminenhof“ tagende Volksversammlung spricht ihre Entrüstung aus über die von der Mehrheit des Reichstages, dem Zentrum und den Konservaliden, angenommene Finanzreform. Die Versammelten sehen darin eine ungeheure Belastung der minderbemittelten Bevölkerung zugunsten der beständigen Klassen. Da hierdurch die Lebenshaltung der Arbeiterschaft aufs Äußerste gefährdet wird, verpflichten sich die versammelten Männer wie Frauen ohne Ausnahme sich den sozialdemokratischen Organisationen anzuschließen, um ein unüberwindliches Bollwerk gegen alle völkerverräterischen Pläne der Regierung sowohl wie den gefahren reaktionären Parteien zu errichten. Ebenfalls erklären die Versammelten, daß sie für eine weitere Verbreitung der sozialdemokratischen Presse Sorge tragen wollen, damit in jedem Haushalt der „Vorwärts“ gelesen wird, um bei den kommenden Reichstagswahlen durch eine geistig aufgeklärte Arbeitererschaft die politische Macht zu erobern.“

Tempelhof.

Gemeindevorsteherwahl vom 26. Juli. Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins Tempelhof auf Errichtung eines Gewerbegerichts einstimmig abgelehnt. Schon vor langer Zeit hatte der sozialdemokratische Wahlverein Tempelhof an die Gemeindevertretung eine Eingabe gerichtet zwecks Errichtung eines Gewerbegerichts für Tempelhof. Nachdem diese sich schon früher einmal hiermit beschäftigt hatte, wobei die Angelegenheit der Vertagung andienfidel, ist vorgerufen die endgültige Entscheidung gefallen. Das Referat über diesen Punkt der Tagesordnung hatte der Schöffe und Syndikus Wiesner, der folgendes ansführte: Als der Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins auf Errichtung eines Gewerbegerichts für Tempelhof einliefe, stand er demselben imphatisch gegenüber. Das Gesetz schreibt den Gemeinden mit 20000 Einwohnern die Errichtung eines Gewerbegerichts vor. Diese Verpflichtung trifft aber bei Tempelhof nicht zu, dessen Einwohnerzahl augenblicklich erst 16 453 beträgt. Wenn man die Gründe für und wider Errichtung eines Gewerbegerichts betrachtet, so spricht für dasselbe die Beteiligung des Patenelements und die schnelle Erledigung der Prozesse, dagegen aber die Kostenfrage. Er würde der Ansicht, daß die Errichtung eines Gewerbegerichts zu begrüßen wäre. Er habe aber beim Amtsgericht Ermittlungen angestellt, wieviel derartige Prozesse für Tempelhof in Frage kommen, und habe darauf die Antwort bekommen, daß vom 1. Januar 1908 bis 1. Juli 1909 nur 63 derartige in Frage kommende Prozesse anhängig gemacht worden seien; diese Zahl sei für eine Zeit von anderthalb Jahren außerordentlich niedrig. Die Kosten für das Gewerbegericht müßte die Gemeinde tragen und diese würden sehr hoch sein, wenn in jeder Woche für je einen Prozeß ein Termin angelegt werden müßte. Könnte aber in jeder Woche eine Sitzung des Gewerbegerichts stattfinden, dann würde der Hauptzweck eines Gewerbegerichts, die Beschleunigung des Verfahrens nicht erreicht werden. Aus diesen Gründen schloß er der Gemeindevorsteherwahl vor, zurzeit von der Errichtung eines Gewerbegerichts Abstand zu nehmen! Bei der fortschreitenden Entwicklung Tempelhofs werde über kurz oder lang doch die Einwohnerzahl von 20 000 erreicht werden, in welchem Falle dann so wie so laut Gesetz ein Gewerbegericht errichtet werden muß. Eine längere Debatte schloß sich diesem Antrage nicht an, nur der Gemeindevorsteher Rauermeister Liebede gab seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß er ein Gewerbegericht zurzeit auch nicht für nötig halte. Existiere erst ein solches, so werden die betreffenden Klagen vom Amtsgericht nicht mehr angenommen, sondern an das Gewerbegericht gewiesen, vor das sie gehören. Bei der geringen Anzahl von Prozessen müßte aber, um den Zweck des Gewerbegerichts zu erreichen, für jede Klage eine Extraktion einberufen werden, und die Kosten würden sehr große sein, da für jeden Besizer ungefähr 6 M. von der Gemeinde gezahlt werden müßten. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des sozialdemokratischen Wahlvereins einstimmig abgelehnt. Auch die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden ohne erhebliche Debatten erledigt. Nachdem mitgeteilt war, daß der Kassenbestand nach der am 26. Juni stattgehabten Revision 915 718,88 M. betrage, wurde auf Vorschlag der Armenkommission Bädermeister Falkin, Friedrich-Wilhelm-Straße, als Armenfleger gewählt. Gemeindevorsteher Russel teilte dann das Ergebnis des Preisauswählens für den Neubau eines Reformgymnasiums mit, für den von allen Preisträgern mit einer Ausnahme 20 M. für den Kubikmeter Bauplatz und Bauraum veranschlagt seien, so daß die Ausführung auf 600 000 M. zu stehen kommen würde. Für einen bestimmten Entwurf habe man sich noch nicht entschieden. Da das Gemeindevorstande bereits mit Arbeiten überhäuft sei, so schlägt er vor, die Leitung des Baues dem zweiten Preisträger, den Architekten Köhler und Kranz, Charlottenburg, Grolmanstraße, die hierfür 15 000 M. verlangen, zu übergeben; die Gemeindevorsteherwahl schließt sich diesem Antrage an. Nachdem dann noch ein Vertrag mit der Nixdorf-Mittewalder Baugesellschaft wegen Herstellung eines Tunnels bei dem neu erbauten Güterbahnhof sowie eine Bedürfnisanstalt für Männer an der Ecke der Ringbahn und Vorkaufsfrage bewilligt wurden, wurde die öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung nach einstündiger Tagung geschlossen.

Steglitz.

Die Wahlvereinsversammlung vom 27. Juli hatte u. a. auch den Punkt „Anträge zum Parteitag“ auf der Tagesordnung. Ein vom Genossen Krause gestellter Antrag, der eine energisiertere Propagierung der Arbeitsruhe am 1. Mai fordert, wurde gegen eine Stimme angenommen. Zwei weitere Anträge, die ebenfalls, wenngleich gegen starke Minoritäten, zur Annahme gelangten, fordern die Verbilligung des Bezugspreises für den „Vorwärts“ und Einführung des Wochenabonnements, um dadurch die Zahl der Leser zu vergrößern. Im übrigen beschäftigten Verwaltungsangelegenheiten die Versammlung. Der Kassenbericht verzeichnete als Einnahme für das zweite Quartal 344,30 M., am Ort wurden verausgabt 162,88 M., an den Zentralvorstand abgeliefert 191,64 M. Der Mitgliederbestand ist von 400 am Ende des ersten Quartals auf 476 zurückgegangen, davon sind 60 weibliche Mitglieder. — Der nächste Disziplinsonabend findet am Montag, den 16. August, statt.

Mierdorf.

Ein Wahrsagerevangelium wurde kürzlich gegen eine heftige Schweizerfamilie verübt. Bei derselben erschien eine Wahrsagerin und erklärte der sehr leichtgläubigen Frau, ihr Mann würde bald sterben. Das konnte sie möglicherweise verhalten, wenn sie ihr ganzes Geld hervorgeholt würde. Die geängstigte Frau folgte dem Räte und vertraute das in einem Beutel befindliche Geld (ihre ganzes Vermögen in Höhe von 800 M.) der „weißen“ Frau an, die alle möglichen Zeremonien damit anstellte. Mit diesem Gelde veräußerte die raffinierte Gaunerin, nachdem sie der Frau auf die Seele gebunden hatte, niemand etwas davon zu erzählen, sie käme um 1/4 Uhr wieder. Wer nicht kam, war die Schwägerin, die nebenbei einen kleinen Handel betreibt und damit Gelegenheiten ausbaldowert. Es ist doch unglücklich, welche Unsumme von Unglauben und Übergläubigkeit in weiten Kreisen noch vorhanden ist.

Spandau.

Von nicht allzu großer Pietät zeugt eine Inschrift, welche sich auf einem Grabkreuz auf dem hiesigen städtischen Friedhof befindet. Nachdem vor Jahren die kirchlichen Kirchhöfe geschlossen wurden und der städtische Friedhof eingerichtet ist, läßt die Militärbehörde auch ihre Gestorbenen dort beerdigen. Auf jedem solchen Soldatengrab wird von der Militärbehörde ein einfaches schwarzes Kreuz mit Inschrift aufgerichtet, sofern nicht Anverwandte es vorgeben, ein anderes Denkmal aufzustellen. Auf einem dieser schwarzen Kreuze ist nun folgende Inschrift zu lesen: „Hier ruhet in Gott Militärgefangener Leber vom Festungsgesängnis Spandau.“ Die Entrüstung verschiedener Besucher des Friedhofs über diese öffentliche Brandmarkung eines Toten war eine derartige, daß man das Kreuz herausreißen und vernichten wollte. Wer unsere Militärgerichtsbarkeit kennt, wird wissen, daß man sich sehr leicht in den Reusen dieser Militärgeetze verstricken kann. Es genügt mitunter das geringste Subordinationsvergehen, um in die Festung zu fliegen. Wer weiß, ob nicht der Tote auch wegen eines solchen Vergehens eine Festungstrafe erhalten hat. Aber selbst, wenn er ein anderes Vergehen begangen, so sollte man sich doch begnügen mit der Strafe bei Lebzeiten und nicht noch einen Toten öffentlich in dieser Weise brandmarken.

Der neugewählte zweite Stadtbaurat Brungsh sollte Anfang August in sein Amt eingeführt werden und beschäftigt man zu diesem Zwecke eine Ferienreise der Stadtverordneten anzuübernehmen. Da aber sowohl der Stadtverordnetenvorsteher wie dessen Stellvertreter sich auf der Ferienreise befinden, so ist eine Einberufung der Stadtverordneten nicht möglich. Man hat deshalb den zweiten Stadtbaurat, der sein Amt Anfang August antreten sollte, bis Mitte des Monats beurlaubt.